

Rahmenplan Sozialkunde

Sekundarbereich I

Klasse 7 bis 10

2023



Mecklenburg-Vorpommern
Ministerium für Bildung und
Kindertagesförderung

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung
Mecklenburg-Vorpommern

Institut für Qualitätsentwicklung (IQ M-V)
Fachbereich 4 – Zentrale Prüfungen, Fach- und Unterrichtsentwicklung,
Rahmenplanarbeit
19048 Schwerin

Telefon 0385 588 17003

presse@bm.mv-regierung.de
www.bm.regierung-mv.de
www.bildung-mv.de

Verantwortlich: Henning Lipski (V.i.S.d.P.)

Fotonachweise

Anne Karsten (Porträt Simone Oldenburg),

Stand

Juli 2023

Diese Publikation wird als Fachinformation des Ministeriums für Bildung und Kindertagesförderung Mecklenburg-Vorpommern kostenlos herausgegeben. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir haben gemeinsam die Aufgabe und die Verantwortung, die Kinder und Jugendlichen auf ihrem Weg ins Leben zu unterstützen, sie zu begleiten und ihnen zur Seite zu stehen. Unser Ziel dabei ist, dass sie ihren Platz in der Gesellschaft finden und somit ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben führen können.

Der Fachunterricht sichert eine fundierte Grundlage für den weiteren Lebensweg und die Handlungsfähigkeit in der modernen Welt. Unter Beachtung der Themenbereiche, die für die gesellschaftliche Orientierung der Kinder und Jugendlichen von Bedeutung sind, ermöglicht der Ihnen vorliegende Rahmenplan einen lebensweltbezogenen Unterricht. Der Fokus richtet sich gleichermaßen auf die fachspezifischen Schwerpunkte und die Kompetenzentwicklung, um eine Teilhabe der Lernenden am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und die Entwicklung grundlegender Fähig- und Fertigkeiten zu fördern.

Sehen Sie diesen Rahmenplan im wortwörtlichen Sinne als dienendes Element. Der Aufbau ist so angelegt, dass die Inhalte für den Unterricht einerseits konkret und verbindlich benannt und andererseits mit den zu vermittelnden Kompetenzen verbunden werden. Zugleich steht Ihnen ausreichend Freiraum zur Verfügung, um den Unterricht methodisch vielfältig zu gestalten und die Inhalte nachhaltig zu vermitteln. Eine Vielzahl an fachspezifischen Hinweisen und Anregungen unterstützt Sie bei der Gestaltung eines abwechslungsreichen schülernahen Unterrichts.

Dabei wünsche ich Ihnen viel Freude.

Ihre



Simone Oldenburg
Ministerin für Bildung und
Kindertagesförderung

Inhaltsverzeichnis

1	Aufbau und Verbindlichkeit des Rahmenplans.....	4
1.1	Zielstellung und Struktur.....	4
1.2	Bildung und Erziehung im Sekundarbereich I.....	5
1.3	Inklusive Bildung.....	6
2	Kompetenzen und Themen im Fachunterricht.....	7
2.1	Fachprofil.....	7
2.2	Kompetenzen.....	8
2.3	Themen.....	12
	Klasse 7.....	12
	Klasse 8.....	21
	Klasse 9.....	29
	Klasse 10.....	35
3	Leistungsfeststellung und Leistungsbewertung.....	41
3.1	Rechtliche Grundlagen.....	41
3.2	Allgemeine Grundsätze.....	41
3.3	Fachspezifische Grundsätze.....	42
4	Aufgabengebiete des Schulgesetzes.....	43
	Berufliche Orientierung [BO].....	43
	Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung [BNE].....	43
	Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt [BTV].....	44
	Demokratie-, Rechts- und Friedenserziehung [DRF].....	44
	Medienbildung und Digitale Kompetenzen [MD].....	44
	Niederdeutsche Sprache und Kultur [MV].....	45
	Prävention und Gesundheitserziehung [PG].....	45

1 Aufbau und Verbindlichkeit des Rahmenplans

1.1 Zielstellung und Struktur

Zielstellung	<p>Der Rahmenplan ist als rechtsverbindliche Grundlage und unterstützendes Instrument für die Unterrichtsgestaltung zu verstehen. Die Orientierung für die Unterrichtsplanung soll hierbei auf die Lerngruppe ausgerichtet sein.</p> <p>Die in diesem Rahmenplan benannten Themen füllen ca. 80 % der zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit. Den Lehrkräften wird somit Freiraum für die methodisch-didaktische Unterrichtsgestaltung eröffnet. Die Pflicht zur Erstellung eines schulinternen Lehrplans mit Fokus auf inhaltliche Aspekte entfällt.</p>
Grundstruktur	<p>Der Rahmenplan gliedert sich in einen allgemeinen Teil in Kapitel 1 und einen fachspezifischen Teil in Kapitel 2. In Kapitel 1 wird der für alle Fächer geltende Bildungs- und Erziehungsauftrag beschrieben. In Kapitel 2 werden die Kompetenzen, Arbeitsbereiche, Themen und Inhalte ausgewiesen. Rechtliche Grundlagen sowie allgemeine und fachspezifische Grundsätze zur Leistungsfeststellung und -bewertung werden in Kapitel 3 dargelegt. Das Kapitel 4 umfasst die Aufgabengebiete des Schulgesetzes M-V.</p>
Stunden- ausweisung	<p>Die Gewichtung des jeweiligen Themas ist aus dem empfohlenen Stundenumfang im Verhältnis zur Gesamtstundenzahl ersichtlich und als Orientierungswert anzusehen.</p>
Querschnitts- themen	<p>In Kapitel 4 des Rahmenplans werden die im Schulgesetz M-V festgelegten Aufgabengebiete als Querschnittsthemen erläutert, welche mithilfe zugeordneter Kürzel in Kapitel 2.3 an Kompetenzen und Inhalte angebunden und somit fachlich verankert werden.</p>
Kompetenzen	<p>Im Zentrum des Fachunterrichts steht der Kompetenzerwerb. Die Kompetenzen werden in der Auseinandersetzung mit den verbindlichen Themen entwickelt. In Kapitel 2.2 werden die zu erreichenden Kompetenzen benannt.</p>
Lernbereich	<p>Im Rahmenplan werden Lernbereiche ausgewiesen, denen inhaltlich verbundene Module zugeordnet werden. Die Fortführung der Lernbereiche in den aufsteigenden Klassen ermöglicht Anknüpfungspunkte für die Lernenden im Sinne einer kompetenz- und sachwissensorientierten Lernprogression.</p>
Themen	<p>Für den Unterricht werden in Kapitel 2.3 verbindliche Themen benannt und im Tabellenkopf hervorgehoben. Die Reihenfolge der Themen hat keinen normativen, sondern empfehlenden Charakter.</p>
Verbindliche Inhalte	<p>Die Konkretisierung der Themen erfolgt in Form der Ausweisung verbindlicher Inhalte in Kapitel 2.3.</p>
Ergänzende Inhalte	<p>Innerhalb des Kapitels 2.3 werden grau unterlegt Inhalte ausgewiesen, die bei einer erhöhten Stundenausstattung des Faches im Sinne einer vertiefenden Auseinandersetzung zu vermitteln sind.</p>
Hinweise und Anregungen	<p>Neben Anregungen für die Umsetzung im Unterricht werden sowohl didaktische und methodische Hinweise sowie Projektvorschläge zur Auseinandersetzung mit den verbindlichen und ergänzenden Inhalten gegeben als auch exemplarisch Möglichkeiten für die fachübergreifende und fächerverbindende Arbeit sowie fachinterne Verknüpfungen aufgezeigt.</p>
Begleit- dokumente	<p>Begleitende Dokumente für die Umsetzung des Rahmenplans finden Sie auf der Portalseite des Faches auf dem Bildungsserver M-V unter: Rahmenpläne an allgemein bildenden Schulen (bildung-mv.de).</p>
Verknüpfungs- beispiele	<p>Am Ende der tabellarischen Darstellung eines Moduls werden Beispiele für die Verknüpfung mit anderen Modulen und Fächern sowie den in Kapitel 4 ausgewiesenen Querschnittsthemen aufgeführt.</p>

Inklusive Sprache	Auf Basis des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 3 (3) „Niemand darf wegen seines Geschlechtes [...] benachteiligt werden.“ wird im Kontext der inklusiven Sprache in Schule die Formulierung „Lernende“ und „Lehrkräfte“ gewählt.
Bildungs-sprachliche Kompetenzen	<p>Bildungssprachliche Kompetenzen sind die wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Bildungsweg, die Chancengleichheit sowie für die mündige Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Prozessen.</p> <p>Im Rahmenplan Sprachbildung werden die Standards, Kompetenzen und grundsätzlichen didaktischen Prinzipien aufgezeigt und konkrete fachbezogene Beispiele der Umsetzung ausgewiesen</p>

1.2 Bildung und Erziehung im Sekundarbereich I

Grundsatz der gesamten Arbeit im Sekundarbereich I ist eine Erziehung, die zur Persönlichkeitsentwicklung und -stärkung, zur Gestaltung des eigenen Lebens in sozialer Verantwortung sowie zur Mitwirkung in der demokratischen Gesellschaft befähigt. Eine angemessene Feedback-Kultur an allen Schulen ist ein wesentliches Element zur Erreichung dieses Ziels.

Zur Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags in den Bildungsgängen des Sekundarbereichs I sind der Erwerb anwendungsbereiten und über den schulischen Kontext hinausgehenden Wissens, die Entwicklung von allgemeinen und fachbezogenen Kompetenzen mit der Befähigung zu lebenslangem Lernen sowie die Werteorientierung an einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaftsordnung miteinander zu verbinden. Die jungen Menschen sollten befähigt werden, mit den zukünftigen Herausforderungen des globalen Wandels nachhaltig umgehen zu können.

Im Sekundarbereich I werden die in der Orientierungsstufe erworbenen Kompetenzen aufgegriffen, um den Lernenden der Regionalen Schulen eine gefestigte allgemeine Grundlagenbildung mit hohem Praxisbezug und denen im gymnasialen Bildungsgang eine vertiefte und erweiterte allgemeine Bildung zu vermitteln.

Die Regionale Schule sichert im Sinne einer Anschlussperspektive für den erfolgreichen Übergang in das Berufsleben mit handlungs- und anwendungsbezogenen Inhalten und Methoden eine Orientierung für die berufliche Bildung und die persönliche Lebensgestaltung. Mit diesen Abschlüssen eröffnet die Regionale Schule grundsätzlich alle Möglichkeiten der dualen und schulischen Berufsausbildung sowie den Zugang zu weiterführenden Bildungsgängen.

Der gymnasiale Bildungsgang befähigt die Lernenden dazu, nach Maßgabe der Abschlüsse ihren Bildungsweg sowohl an einer Hochschule als auch in berufsqualifizierenden Bildungsgängen fortzusetzen. Der Unterricht im gymnasialen Bildungsgang orientiert sich am Erkenntnisstand der Wissenschaft und berücksichtigt in Gestaltung und Anforderung die altersgemäße Verständnisfähigkeit der Lernenden.

Der Unterricht im Sekundarbereich I zeichnet sich in besonderer Weise durch das Prinzip der Anschaulichkeit und Veranschaulichung aus. Er fördert das entdeckende Lernen und erfordert eine spezifische Didaktik und Methodik, die die Entwicklung von Selbstständigkeit und Kooperationsfähigkeit unterstützt. Die Schule trägt der Heterogenität ihrer Lerngruppen besonders Rechnung.

Aufgrund der unterschiedlichen Lernausgangslagen, Entwicklungsvoraussetzungen und Begabungen der Lernenden kommt der individuellen Förderung eine besondere Bedeutung zu. Diese wird durch leistungsdifferenzierten Unterricht in ausgewählten Fächern realisiert:

- durch methodische und inhaltliche Gestaltung des Unterrichts bzw. des Anforderungsniveaus (Grund- und Zusatzanforderungen) sowie
- durch leistungsdifferenzierten Unterricht in ausgewählten Unterrichtsfächern, Enrichment- und Akzelerationsmaßnahmen.

1.3 Inklusive Bildung

Inklusion ist als gesamtgesellschaftlicher Prozess zu verstehen. Dabei stellt inklusive Bildung eine übergreifende Aufgabe von Schule dar und schließt alle Gegenstandsbereiche im Lernen ein. Inklusive Bildung ist das gemeinsame Lernen von Lernenden mit und ohne Beeinträchtigung. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für Selbstbestimmung, aktive Teilhabe an Gesellschaft, Kultur, Beruf und Demokratie. Grundvoraussetzung für eine gelingende Inklusion ist die gegenseitige Akzeptanz und die Rücksichtnahme sowie die Haltung und Einstellung aller an Schule Mitwirkenden. Ziel inklusiver Bildung ist es, alle Lernenden während ihrer Schullaufbahn individuell zu fördern, einen gleichberechtigten Zugang zu allen Angeboten des Unterrichts und der verschiedenen Bildungsgänge sowie des Schullebens insgesamt zu ermöglichen. Weiterhin sollen die in den Rahmenplänen beschriebenen Kompetenzen und Inhalte der allgemein bildenden bzw. beruflichen Schulen sowie der höchstmögliche Abschluss der jeweiligen Schulart erreicht werden.

In Mecklenburg-Vorpommern werden Maßnahmen zur Einführung eines inklusiven Schulsystems umgesetzt, die Lernenden sowie Lehrkräfte entlasten. Dazu werden neben dem Unterricht in Regelklassen, eigene Lerngruppen für Lernende mit starken Auffälligkeiten in den Bereichen Sprache oder Lernen oder Verhalten gebildet. In inklusiven Lerngruppen erhalten Lernende eine kooperative und entsprechend ihrer Lernausgangslage eine individuelle Förderung. Die Lernenden der inklusiven Lerngruppen sind einer festen Bezugsklasse in der Grundschule oder in der weiterführenden allgemeinbildenden Schule zugeordnet. Der Unterricht in den Lerngruppen erfolgt durch sonderpädagogisches Fachpersonal. Ein weiterer Baustein im inklusiven Schulsystem ist die Einrichtung von Schulen mit spezifischer Kompetenz. Diese ermöglichen Lernenden mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Schwerpunkten Hören oder Sehen oder körperliche und motorische Entwicklung eine wohnortnahe Beschulung. Die Lernenden können mit ihrem Freundeskreis, beispielsweise aus der Kindertagesstätte oder aus der Nachbarschaft, gemeinsam in eine Schule gehen und gemeinsam lernen. Wichtig im Zusammenhang mit inklusiver Bildung sind individualisierte curriculare Anpassungen. Diese finden ihre Anwendung bei einer vermuteten oder festgestellten Teilleistungsstörung, bei vermutetem oder festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf sowie bei Feststellung einer Hochbegabung.

2 Kompetenzen und Themen im Fachunterricht

2.1 Fachprofil

Das Unterrichtsfach Sozialkunde befähigt die Lernenden, als verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger gesellschaftliche und politische Entwicklungen zu begleiten und aktiv die Gestaltung einer demokratischen und offenen Gesellschaft mitzubestimmen. Dies setzt die Bereitschaft voraus, sich für das Gemeinwesen zu engagieren und das Handeln an den eigenen Interessen sowie an demokratischen Prinzipien auszurichten.

Die Demokratie ist auf die Fähigkeit und Bereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger zur demokratischen Partizipation angewiesen. Sie in jeder Generation immer wieder neu zu bilden, zu befähigen und zu motivieren, ist Aufgabe der schulischen politischen Bildung im Rahmen eines qualifizierten Fachunterrichts.

Dabei verbindet das Fach im Sinne einer sozialwissenschaftlich orientierten politischen Bildung konzeptuelles Deutungswissen aus den Bereichen Politikwissenschaft, Soziologie und Rechtswissenschaft. Die Fachinhalte sind über das Kompetenzmodell und durch eine von Kontroversität und Offenheit geprägte Unterrichtsstruktur miteinander vernetzt.

Die normative Leitorientierung des Faches ist durch den „Beutelsbacher Konsens“ beschrieben, der die politische Mündigkeit als Ausgangspunkt, Rahmenbedingung und Ziel politischer Bildung in den Mittelpunkt stellt: Politische Bildung darf nicht indoktrinieren und überwältigen: „Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen“. Nur durch die Bearbeitung einer auf Kontroversität fußenden politischen Entscheidungssituation ist politisches Lernen denkbar. Leitorientierung geben dabei die Interessen der Lernenden als Subjekte politischer und gesellschaftlicher Prozesse. Ihre Interessenlage gilt es zu analysieren und für die Auswahl der Unterrichtsgegenstände und Unterrichtsziele zugrunde zu legen. Die Lernenden werden damit als zur Mündigkeit befähigte Individuen in ihrem Wunsch, sich frei und ohne Indoktrination ein eigenes Urteil bilden zu können, ernst genommen.

7

Politische Bildung ist insofern ergebnisoffen. Dies ist jedoch nicht mit Neutralität zu verwechseln. Politische Bildung ist vielmehr normativ auf Demokratie als Voraussetzung, Bedingung und Ziel von Bildung bezogen. Konkret wird dies bestimmt durch die Orientierung auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Innerhalb dieses Rahmens ist politische Bildung als ergebnisoffenes Lernarrangement zu verstehen, da weder politische Positionen noch Einstellungen als Ziel definiert werden. Vielmehr zielt der Unterricht allein auf die Fähigkeit zur selbstbestimmten Entscheidung und Handlung.

Die konkrete Unterrichtsgestaltung erfolgt durch die Transformation vom Sachgegenstand zum Lerngegenstand. Dieser Prozess wird durch die Anwendung der fachdidaktischen Prinzipien bestimmt. Daraus entstehen Unterrichtskonzepte als simulierte politische Anwendungssituationen, die die Lernenden dazu aufrufen sich zu positionieren. Politische Konflikte, Probleme, konkrete Fälle, Dilemma- oder Gründungssituationen sowie zu lösende Zukunftsfragen sind Leitlinien der Konstruktion politischer Lernprozesse des Fachunterrichts.

2.2 Kompetenzen

Der Rahmenplan ist konsequent auf die Herausbildung verbindlicher fachspezifischer Kompetenzen ausgerichtet. Mit dieser Zielrichtung liegen dem Rahmenplan folgende zentrale Strukturierungsmerkmale zugrunde: die durchgehende Anwendung und Konkretisierung eines fachspezifischen Kompetenzmodells, der Aufbau als Spiralcurriculum und die Einteilung in Lernbereiche und Module.

Kompetenzmodell

Unterricht im Fach Sozialkunde dient der Herausbildung und Stärkung fachspezifischer Kompetenzen. Der Rahmenplan adaptiert das von Günter Behrmann, Tilman Grammes und Sibylle Reinhardt entwickelte Kompetenzmodell. Diese Kompetenzen sind den Inhalten in den jeweiligen Modulen vorangestellt und werden über operationalisierte Zielstellungen konkretisiert. Diesen können teilweise zwei Anforderungsbereiche zugeordnet werden, sodass sich Differenzierungsmöglichkeiten für heterogene Lerngruppen ergeben. Allgemeine und nicht fachspezifische Kompetenzen, wie Sozial- und Selbstkompetenz, sind in diesem Rahmenplan dagegen nicht explizit abgebildet.

Das diesem Rahmenplan zugrundeliegende Kompetenzmodell umfasst fünf Kompetenzbereiche:

- *Perspektivenübernahme,*
- *Konfliktfähigkeit,*
- *politische Urteilsfähigkeit,*
- *politische Handlungsfähigkeit und*
- *sozialwissenschaftliche Analysekompetenz.*

Perspektivenübernahme ist die Grundlage sozialen und politischen Denkens und Handelns. Sie erfordert die Differenzierung und probeweise Einnahme verschiedener Perspektiven sowie die damit verbundene Distanzierung von der eigenen Position. Durch ein Verständnis der Anderen und deren Interessen wird soziale Interaktion mit dem Ziel des gemeinsamen Entscheidens möglich.

Konfliktfähigkeit geht über die Kenntnis und das Verständnis der Perspektive anderer hinaus und stellt die Fähigkeit, in konflikthaften Situationen die eigene Position zu vertreten und auf die Regelung des Konflikts hinzuwirken in den Mittelpunkt. *Konfliktfähigkeit* orientiert auf die Anerkennung von Konflikten als notwendige Elemente demokratischer Prozesse.

Um *politische Urteilsfähigkeit* fördern zu können, sind kontroverse Entscheidungssituationen als Unterrichtsgegenstände notwendig. Ein politisches Urteil als eine begründete Positionierung innerhalb einer Kontroverse unter Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven und Kategorien bedarf der Fähigkeit, von den eigenen Interessen ausgehend die Interessen anderer zu berücksichtigen und selbstbezogene Argumentationsmuster zu verlassen.

Demokratische Gemeinwesen sind auf handlungsfähige Individuen angewiesen. *Politische Handlungsfähigkeit* baut auf dem Wissen über Partizipationsmöglichkeiten auf. Hierfür werden notwendige Fähigkeiten und Fertigkeiten eingeübt und gegebenenfalls eigenes politisches Handeln reflektiert. Im Sozialkundeunterricht können nur diese Voraussetzungen politischer Handlungsfähigkeit überprüfbar geschaffen werden. Das tatsächliche politische Handeln ist dann aber eine individuelle Entscheidung und setzt die prinzipielle Bereitschaft voraus, sich aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens zu beteiligen.

Notwendiges Element politischer Kompetenzen ist die Fähigkeit, gesellschaftliche und politische Phänomene, Strukturen und Prozesse unter Anwendung fachwissenschaftlicher Instrumente, z.B. Kategorien, Modelle, Theorien, altersadäquat *sozialwissenschaftlich analysieren* zu können. Diese Fertigkeit bildet die Voraussetzung zur Orientierung und Positionierung in einer sich ständig verändernden politischen Welt.

Überblick über die Lernbereiche und Module des Rahmenplans

Klasse	Modul	Modulbezeichnung
Lernbereich A: Demokratie und Partizipation		
7	A 1	Schule und Demokratie
	A 2	Demokratie in der Gemeinde
8	A 3	Parteien und Interessengruppen als Ausdruck des Pluralismus
	A 4	Repräsentative Demokratie auf Landesebene
9	A 5	Föderalismus als Staatsstrukturprinzip
	A 6	Das parlamentarische Regierungssystem der Bundesrepublik
10	A 7	Herausforderungen für die offene Gesellschaft und die repräsentative Demokratie
Lernbereich B: Rechtsstaat und Sozialstaat		
7	B 1	Verfassung und Grundrechte
	B 2	Verantwortlich handeln im analogen und digitalen Raum
8	B 3	Sozialisation und soziale Ungleichheit
9	B 4	Grundrechte und Rechtsstaat
10	B 5	Zukunft des Sozialstaats
Lernbereich C: Globale und europäische Perspektiven		
7	C 1	Verantwortlich handeln im Anthropozän
8	C 2	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Europäischen Union
9	C 3	Internationale Friedenssicherung
10	C 4	Zukunft der internationalen Beziehungen

Lernbereiche und Modulstruktur

Der Rahmenplan gliedert sich in 16 Module, die drei Lernbereichen zugeordnet sind. Die Lernenden stehen dabei als politisch handelnde Subjekte im Rahmen der repräsentativen Demokratie (Lernbereich A), des Rechts- und Sozialstaates (Lernbereich B) und als Mitglied einer global vernetzten Gesellschaft (Lernbereich C) im Mittelpunkt.

Innerhalb der Lernbereiche bauen die einzelnen Module jeweils aufeinander auf und sind den Jahrgangsstufen zugeordnet. Die Reihenfolge der Module eines Lernbereiches ist dabei einzuhalten. Die Anordnung der Lernbereiche selbst kann aber individuell und nach konkreten Lernanlässen in der Klasse innerhalb der Jahrgangsstufen frei gestaltet werden. So bietet sich beispielweise die Einführung des Faches durch das Modul A 1 an. An dieses können jedoch sowohl Modul A 2 als auch B 1 oder C 1 anschließen.

Spiralcurriculum

Der Rahmenplan folgt damit der Struktur eines Spiralcurriculums, indem Themen in unterschiedlichen Modulen immer wieder gesetzt werden und sich in der Bearbeitung hinsichtlich Komplexität und Anforderungsniveau steigern, um Lernen als Prozess bewusst zu unterstützen. So soll es im Modul A 1 zunächst um Grundsätze von demokratischen Verfahren gehen, bevor der gesellschaftliche Pluralismus am Beispiel der Parteien und Interessenorganisationen im Modul A 3 eingeführt wird und diese dann als Akteure im Rahmen der repräsentativen Demokratie und des Parlamentarismus in Modul A 4 weitergeführt werden. Daran knüpft in Modul A 6 die Analyse des politischen Entscheidungsprozesses an, sodass abschließend in Modul A 7 unter der Fragestellung der Zukunft der repräsentativen Demokratie das Thema erneut und vertiefend diskutiert werden kann. Bewusst werden so auch verschiedene politische Entscheidungsebenen - Schule, Kommunen, Länder, Bund - eingeführt und schließlich im Modul A 5 systematisch thematisiert.

Ebenso zieht sich das Thema „Wahlen“ durch die Module von A 1, in dem erste Erfahrungen mit Wahlen im sozialen Nahraum der Schule analysiert werden, über Wahlen in der Gemeinde (A 2) und auf Landesebene mit einer Einführung des Wahlsystems (A 3), bis hin zur vertieften Auseinandersetzung und Bewertung des Wahlsystems auf Bundesebene (A 6). Gleichzeitig sind immer wieder Querverbindungen zu anderen Lernbereichen innerhalb einer Jahrgangsstufe möglich, zum Beispiel zu Wahlen auf europäischer Ebene in Modul C 2. Die Europäische Union ihrerseits ist ebenfalls nicht Thema eines einzelnen Moduls, sondern steht als Themenelement in den Modulen C 1 bis C 4 immer wieder unter neuen Fragestellungen im Fokus.

Diese Struktur berücksichtigt Entwicklungs- und Lernprozesse sowie die Interessenlage der Kinder und Jugendlichen und schließt grundlegende Themen nicht in einer Klasse ab, sondern verlangt die Wiederaufnahme und Weiterentwicklung der Themen unter jeweils neuen und an Komplexität zunehmenden Fragestellungen und Perspektiven.

Neben den im Sinne des Spiralcurriculums an unterschiedlichen Stellen wiederkehrenden Elementen ziehen sich zentrale Fragestellungen durch nahezu alle Module. Aspekte der Partizipation, die Herausforderung der Nachhaltigkeit sowie die Herausforderungen der Digitalisierung durchlaufen als kontinuierliche Linien den gesamten Rahmenplan. Sie ermöglichen unter den spezifischen Schlüsselfragen der Module immer wieder neue Lernzugänge.

Innere Struktur der Module

Ausgehend von einer *gesellschaftlichen Schlüsselfrage*, die im Sinne des Bildungstheoretikers Wolfgang Klafki zentrale Herausforderungen benennt, als „W-Frage“ jedoch keine konkrete unterrichtliche Aufgabenstellung darstellt, wird jedem Modul eine *normative Orientierung* vorangestellt. Diese ist auf eine grundlegende Wertebildung gerichtet, deren Rahmen durch die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gesetzt ist. Innerhalb eines Moduls werden die fachspezifischen Kompetenzen über die ausgewiesenen verbindlichen Inhalte in der linken Tabellenspalte vermittelt und von Hinweisen und Anregungen in der rechten Tabellenspalte unterschieden. Für die praktische Umsetzung des Unterrichts gilt das Prinzip des exemplarischen Lernens.

Die Hinweise und Anregungen dienen der Konkretisierung und Erläuterung der verbindlichen Inhalte, sind jedoch nicht obligatorisch. Innerhalb eines Moduls werden bis zu vier Themen als verbindlich vorgegeben. Diese können durch die *ergänzenden Inhalte* erweitert oder vertieft werden. Die Verbindung der Modulthemen ist freigestellt; in einigen Fällen bietet sich eine enge Verbindung und Verzahnung an, in anderen eher eine additive Struktur.

Die Module beinhalten Vorschläge für Methoden und Projekte. Unter Methoden werden ausschließlich fachdidaktische Makromethoden oder Makrostrukturen verstanden, die eine Unterrichtssequenz leiten und prägen und eng mit fachdidaktischen Prinzipien verbunden sind. Im Idealfall kann ein Modul vollständig durch eine vorgeschlagene Makromethode strukturiert und unterrichtet werden. Eine Orientierung am Prinzip des *Konflikts* stellt eine politische Entscheidungsfrage und die sie antreibenden Interessengegensätze in den Mittelpunkt des Unterrichts. Problemorientierter Fachunterricht sucht nach Lösungen für politische Probleme mit hoher Dringlichkeit sowie kontroversen Positionen und orientiert sich an der Makrostruktur einer *Problemstudie*. Der *Fall* als Prinzip ist kein Beispiel, sondern stellt handelnde Akteure und ihre Entscheidungsmöglichkeiten vor, um daran die Komplexität politischen und gesellschaftlich relevanten Entscheidens zu erkennen. Durch gesellschaftliches Handeln entstandene politische Strukturen und Institutionen stehen im Fokus des *genetischen Prinzips*, in dessen Rahmen die Lernenden politische Entscheidungsprozesse nachvollziehen und beurteilen. Die Lernenden können politisches Handeln als Gestaltung von Zukunft in *Szenarien* analysieren oder in *Zukunftswerkstätten* entwerfen. Projektvorschläge liefern Ideen für fächerübergreifendes Lernen sowie methodische Ansätze, mit denen die klassische Unterrichtsstruktur verlassen wird.

2.3 Themen

Klasse 7

A 1: Schule und Demokratie

ca. 5 Unterrichtsstunden

<p>Gesellschaftliche Schlüsselfrage Schule ist ein Lern- und Erfahrungsort für Demokratie. Wie befähigt sie Lernende zur Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft?</p>	
<p>Normative Orientierung Die Lernenden erkennen Partizipation als notwendige Bedingung von Demokratie an.</p>	
<p>Fachspezifische Kompetenzen</p>	
	Die Lernenden...
<i>Perspektivenübernahme</i>	... erschließen unterschiedliche Positionen zu Fragen der Gestaltung von Schule.
<i>Konfliktfähigkeit</i>	... untersuchen Konflikte in der Schule und prüfen demokratische Verfahren der Konfliktlösung.
<i>Politische Urteilsfähigkeit</i>	... nehmen Stellung zu Fragen der Gestaltung demokratischer Schulkultur.
<i>Politische Handlungsfähigkeit</i>	... stellen ihre eigenen Meinungen und Interessen dar und können Schule aktiv mitgestalten.
<i>Sozialwissenschaftliche Analysekompetenz</i>	... überprüfen die Umsetzung von Wahlgrundsätzen am Beispiel schulinterner Wahlverfahren.
<p>Verbindliche Inhalte</p>	
<p>Hinweise und Anregungen</p>	
<p>Politik und Demokratie im Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abgrenzung von politischem und privatem Handeln • Merkmale von Demokratie <p>Grundlagen demokratischen Handelns in der Schule</p>	<p>Einstellungen Jugendlicher zur Politik, z. B. Jugendstudien</p> <p>Einführung der Bedeutung von Volkssouveränität, Partizipation, Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz [Geschichte]</p> <p>Demokratische Gesprächskultur, Feedbackkultur</p> <p>Konfliktsituationen und Möglichkeiten ihrer Bewältigung, z. B. Streitschlichtung</p> <p>Klassenrat als Instrument zur Besprechung und Entscheidung von Anliegen und Vorschlägen sowie zur Klärung von Problemen und Konflikten</p> <p>Regeln des Zusammenlebens, Klassenregeln, Schulordnung [Philosophie]</p>

<p>Aufbau, Funktionsweise und Bedeutung der Schülervertretung</p> <p>Wahlen und Abstimmungen als demokratische Entscheidungsverfahren</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wahlgrundsätze • Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz • Formen von Mehrheiten 	<p>Mitwirkungsmöglichkeiten an der Schule laut Schulgesetz und Schulmitwirkungsverordnung</p> <p>Beteiligungsmöglichkeiten der Schülerschaft an Schulentwicklung und -gestaltung</p> <p>Wahl von Klassenvertretungen</p> <p>Methodenvorschlag: Zukunftswerkstatt: Demokratische Schule, Nachhaltige Schule</p> <p>Projektvorschlag: Entwicklung einer Wahlordnung für Wahlen von Klassen- und Schülersprechern</p>
<p><i>Ergänzende Inhalte</i> Grundlagen demokratischen Handelns in der Schule</p>	<p>Öffentlichkeit an der Schule</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schülerzeitung • digitale Plattformen zur Stärkung der Mitwirkung und Mitbestimmung in der Schule, z. B. „aula“
<p><i>Verknüpfungen</i> [DRF], [BNE], [Geschichte], [Philosophie]</p>	

A 2: Demokratie in der Gemeinde

ca. 5 Unterrichtsstunden

<p>Gesellschaftliche Schlüsselfrage Gemeinden und Landkreise haben eine unmittelbare Bedeutung für das Leben ihrer Einwohnerinnen und Einwohner und bieten eine Vielzahl politischer Gestaltungsmöglichkeiten. Welche Möglichkeiten haben Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen in Entscheidungsprozesse der Gemeinde einzubringen und politische Entscheidungen zu beeinflussen?</p>							
<p>Normative Orientierung Die Lernenden erkennen die kommunale Selbstverwaltung als ein Grundprinzip der Demokratie in Deutschland an.</p>							
<p>Fachspezifische Kompetenzen</p>							
<p style="text-align: right;">Die Lernenden...</p>							
<i>Perspektivenübernahme</i>	... ermitteln unterschiedliche Positionen und Perspektiven bei der politischen Lösung von Problemen in der Gemeinde.						
<i>Konfliktfähigkeit</i>	... erläutern Herausforderungen in der Gemeinde und erörtern demokratische Verfahren der Konfliktaustragung und Problemlösung.						
<i>Politische Urteilsfähigkeit</i>	... bewerten anhand eines kommunalen Problems den politischen Entscheidungsprozess und Möglichkeiten der Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger.						
<i>Politische Handlungsfähigkeit</i>	... sind in der Lage, Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene für die Durchsetzung ihrer Interessen zu nutzen.						
<i>Sozialwissenschaftliche Analysekompetenz</i>	... beschreiben politische Institutionen und ihre Aufgaben und untersuchen politische Entscheidungsprozesse.						
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 50%; text-align: left;">Verbindliche Inhalte</th> <th style="width: 50%; text-align: left;">Hinweise und Anregungen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="vertical-align: top;">Aufgaben und Entscheidungsprozesse in einer Gemeinde</td> <td>Kommunale Entscheidungsfelder mit Alltagsbezug: Sport-, Freizeit- und Kultureinrichtungen, Schulverwaltung, Versorgung, Entsorgung, ÖPNV, Kommunale Selbstverwaltung</td> </tr> <tr> <td style="vertical-align: top;">Partizipationsmöglichkeiten in der Gemeinde</td> <td> Formen der Kinder- und Jugendpartizipation: Kinder- und Jugendparlamente, Kinder- und Jugendhearings, Initiativen, Vereine, anlassbezogene Projekte Ehrenamtliches Engagement Wahlen und Wahlverfahren in Gemeinde bzw. Kreis: Gemeindevertretung, Kreistag, Bürgermeister/-in, Landrat, Kinder- und Jugendparlamente Beteiligungsverfahren: Anhörungen, Beiräte, projektbezogene Beteiligungen, Umfragen Elemente direkter Demokratie: Bürgerbegehren, Bürgerentscheid </td> </tr> </tbody> </table>		Verbindliche Inhalte	Hinweise und Anregungen	Aufgaben und Entscheidungsprozesse in einer Gemeinde	Kommunale Entscheidungsfelder mit Alltagsbezug: Sport-, Freizeit- und Kultureinrichtungen, Schulverwaltung, Versorgung, Entsorgung, ÖPNV, Kommunale Selbstverwaltung	Partizipationsmöglichkeiten in der Gemeinde	Formen der Kinder- und Jugendpartizipation: Kinder- und Jugendparlamente, Kinder- und Jugendhearings, Initiativen, Vereine, anlassbezogene Projekte Ehrenamtliches Engagement Wahlen und Wahlverfahren in Gemeinde bzw. Kreis: Gemeindevertretung, Kreistag, Bürgermeister/-in, Landrat, Kinder- und Jugendparlamente Beteiligungsverfahren: Anhörungen, Beiräte, projektbezogene Beteiligungen, Umfragen Elemente direkter Demokratie: Bürgerbegehren, Bürgerentscheid
Verbindliche Inhalte	Hinweise und Anregungen						
Aufgaben und Entscheidungsprozesse in einer Gemeinde	Kommunale Entscheidungsfelder mit Alltagsbezug: Sport-, Freizeit- und Kultureinrichtungen, Schulverwaltung, Versorgung, Entsorgung, ÖPNV, Kommunale Selbstverwaltung						
Partizipationsmöglichkeiten in der Gemeinde	Formen der Kinder- und Jugendpartizipation: Kinder- und Jugendparlamente, Kinder- und Jugendhearings, Initiativen, Vereine, anlassbezogene Projekte Ehrenamtliches Engagement Wahlen und Wahlverfahren in Gemeinde bzw. Kreis: Gemeindevertretung, Kreistag, Bürgermeister/-in, Landrat, Kinder- und Jugendparlamente Beteiligungsverfahren: Anhörungen, Beiräte, projektbezogene Beteiligungen, Umfragen Elemente direkter Demokratie: Bürgerbegehren, Bürgerentscheid						

	<p>Methodenvorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Problemstudie zu aktuellen Herausforderungen der Gemeinde: Energieversorgung, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Mobilität, Wohngebiete, Schulentwicklung, Umweltschutz • Planspiel: Sitzung einer Gemeindevertretung • Interview mit Bürgermeister/-in <p>Projektvorschlag: Lernen durch Engagement („Service Learning“)</p>
<p><i>Ergänzende Inhalte</i> Aufgaben und Entscheidungsprozesse in einer Gemeinde</p> <p>Vielfalt in der Gemeinde</p>	<p>Art. 28 GG, Kommunalverfassung M-V:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Pflichtaufgaben, freiwillige Aufgaben • Haushalt einer Gemeinde, finanzieller Spielraum <p>Öffentlichkeit in der Gemeinde:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lokale Medien, Leserbriefe, Internetforen • Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde, z. B. Einwohnerversammlungen, Gemeindeanzeiger <p>Mögliche Aspekte: Herkunft, Religion, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Alter, Behinderung</p> <p>Integration als kommunale Aufgabe: z. B. Beiräte, Vereine, Integrationsbeauftragte, Quartiersmanagement</p>
<p><i>Verknüpfungen</i> [DRF], [MD], [MV], [BNE], [BTV]</p>	

B 1: Verfassung und Grundrechte

ca. 5 Unterrichtsstunden

<p>Gesellschaftliche Schlüsselfrage Eine Verfassung bildet das Fundament einer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung - in der Bundesrepublik Deutschland ist dies das Grundgesetz. Wie bestimmt das Grundgesetz unser Zusammenleben?</p>	
<p>Normative Orientierung Die Lernenden erkennen die Würde des Menschen als notwendige Voraussetzung für das Zusammenleben in einer Demokratie an.</p>	
<p>Fachspezifische Kompetenzen</p>	
<p>Die Lernenden...</p> <p><i>Perspektivenübernahme</i> ... stellen unterschiedliche Lebensbedingungen mit Blick auf die Achtung der Menschenwürde gegenüber.</p> <p><i>Konfliktfähigkeit</i> ... charakterisieren das Grundgesetz als Instrument zum Ausbalancieren des Spannungsverhältnisses zwischen den Rechten des Individuums und den Ansprüchen der Allgemeinheit.</p> <p><i>Politische Urteilsfähigkeit</i> ... beurteilen die Bedeutung elementarer Grundrechte für den Schutz der Menschenwürde.</p> <p><i>Politische Handlungsfähigkeit</i> ... erschließen die Relevanz des Grundgesetzes für ihr eigenes Leben und können ihr öffentliches Handeln daran ausrichten.</p> <p><i>Sozialwissenschaftliche Analysekompetenz</i> ... erschließen die Besonderheiten eines Rechtstextes anhand des Grundgesetzes.</p>	
<p>Verbindliche Inhalte</p>	<p>Hinweise und Anregungen</p>
<p>Grundgesetz als Fundament von Staat und Gesellschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufgaben einer Verfassung • Menschen- und Bürgerrechte <p>Kernelemente der repräsentativen Demokratie</p> <p>Freiheit und Schutz des Individuums durch Grundrechte</p>	<p>Art. 1 GG: Menschenwürde, Menschenrechte [Geschichte] [Philosophie] Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz</p> <p>Volkssouveränität, Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz, Partizipation, [Modul A 1]</p> <p>Beispiele: Artikel 2 - 5 des Grundgesetzes, GG-20-Spiel</p> <p>Methodenvorschlag: Gründungssituation („Planspiel Insel“): Erstellung einer eigenen Verfassung</p>
<p><i>Ergänzende Inhalte</i> Grundgesetz als Fundament von Staat und Gesellschaft</p>	<p>Entstehung des Grundgesetzes [Geschichte] Erklärung der Menschenrechte</p>
<p><i>Verknüpfungen</i> [BTV], [Modul A 1], [Geschichte]</p>	

B 2: Verantwortlich handeln im analogen und digitalen Raum**ca. 6 Unterrichtsstunden**

<p>Gesellschaftliche Schlüsselfrage Gesellschaftliches Zusammenleben basiert auf normativen Grundlagen. Wie gelingt in diesem Rahmen verantwortliches Handeln im analogen und digitalen Raum?</p>					
<p>Normative Orientierung Die Lernenden erkennen die rechtlichen und moralischen Prinzipien unserer Rechtsordnung als Voraussetzung für eigenes Handeln in der analogen und digitalen Gesellschaft an.</p>					
<p>Fachspezifische Kompetenzen</p>					
<p>Die Lernenden...</p>					
<i>Perspektivenübernahme</i>	... weisen unterschiedliche Perspektiven in rechtlichen und ethischen Auseinandersetzungen nach.				
<i>Konfliktfähigkeit</i>	... erklären die rechtlichen und ethischen Rahmenbedingungen als Voraussetzungen für die Lösung von Konflikten.				
<i>Politische Urteilsfähigkeit</i>	... erörtern die Auswirkungen rechtlicher Regelungen auf ihr eigenes Handeln als Rechtssubjekte.				
<i>Politische Handlungsfähigkeit</i>	... sind in der Lage, verantwortungsbewusste und rechtssichere Handlungsoptionen für individuelle und gesellschaftliche Konfliktsituationen zu entwickeln.				
<i>Sozialwissenschaftliche Analysekompetenz</i>	... analysieren einzelne Fälle nach rechtlichen und ethischen Kriterien.				
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 50%; text-align: left;">Verbindliche Inhalte</th> <th style="width: 50%; text-align: left;">Hinweise und Anregungen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td> <p>Das „Ich“ als Rechtssubjekt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Besonderheiten des Kindes- und Jugendalters • Rechts- und Geschäftsfähigkeit • Deliktfähigkeit/ Strafmündigkeit • Unterscheidung Öffentliches Recht und Zivilrecht <p>Verantwortlich handeln im analogen und digitalen Alltag</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mediennutzungsverhalten und Medienkritik </td> <td> <p>Menschenwürde und Persönlichkeitsrechte als normative Grundlage</p> <p>Jugendschutzgesetz, Jugendarbeitsschutz</p> <p>Familienrecht, Kaufrecht, z. B. Kaufverträge im Internet, Taschengeldparagraph [AWT]</p> <p>Jugendstrafrecht, Sinn und Zweck von Strafe, Erziehungsmaßnahmen und Auflagen</p> <p>[Informatik und Medienbildung]</p> <p>Reflexion des eigenen und fremden Verhaltens Umgang mit persönlichen Daten Prüfung der Seriosität von Informationen Einfluss von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz auf die Meinungsbildung</p> </td> </tr> </tbody> </table>		Verbindliche Inhalte	Hinweise und Anregungen	<p>Das „Ich“ als Rechtssubjekt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Besonderheiten des Kindes- und Jugendalters • Rechts- und Geschäftsfähigkeit • Deliktfähigkeit/ Strafmündigkeit • Unterscheidung Öffentliches Recht und Zivilrecht <p>Verantwortlich handeln im analogen und digitalen Alltag</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mediennutzungsverhalten und Medienkritik 	<p>Menschenwürde und Persönlichkeitsrechte als normative Grundlage</p> <p>Jugendschutzgesetz, Jugendarbeitsschutz</p> <p>Familienrecht, Kaufrecht, z. B. Kaufverträge im Internet, Taschengeldparagraph [AWT]</p> <p>Jugendstrafrecht, Sinn und Zweck von Strafe, Erziehungsmaßnahmen und Auflagen</p> <p>[Informatik und Medienbildung]</p> <p>Reflexion des eigenen und fremden Verhaltens Umgang mit persönlichen Daten Prüfung der Seriosität von Informationen Einfluss von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz auf die Meinungsbildung</p>
Verbindliche Inhalte	Hinweise und Anregungen				
<p>Das „Ich“ als Rechtssubjekt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Besonderheiten des Kindes- und Jugendalters • Rechts- und Geschäftsfähigkeit • Deliktfähigkeit/ Strafmündigkeit • Unterscheidung Öffentliches Recht und Zivilrecht <p>Verantwortlich handeln im analogen und digitalen Alltag</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mediennutzungsverhalten und Medienkritik 	<p>Menschenwürde und Persönlichkeitsrechte als normative Grundlage</p> <p>Jugendschutzgesetz, Jugendarbeitsschutz</p> <p>Familienrecht, Kaufrecht, z. B. Kaufverträge im Internet, Taschengeldparagraph [AWT]</p> <p>Jugendstrafrecht, Sinn und Zweck von Strafe, Erziehungsmaßnahmen und Auflagen</p> <p>[Informatik und Medienbildung]</p> <p>Reflexion des eigenen und fremden Verhaltens Umgang mit persönlichen Daten Prüfung der Seriosität von Informationen Einfluss von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz auf die Meinungsbildung</p>				

<ul style="list-style-type: none">• Formen von Diskriminierung und Verletzung von Persönlichkeitsrechten• Ethische und• Rechtliche Grundlagen	<p>Mobbing/ Cybermobbing, Sexting, Beleidigung, Hate-Speech</p> <p>„Netiquette“ [Philosophie]</p> <p>Beispiele aus StGB, DSGVO, BGB</p> <p>Methodenvorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none">• Fallanalyse / Fallstudie, z. B. zum Thema Cybermobbing• Experteninterviews mit Jugendrichtern/-innen, Schöffen/-innen oder Anwälten/-innen <p>Projektvorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none">• Besuch einer Gerichtsverhandlung• Besuch eines Jugendrechtshauses
<p><i>Verknüpfungen</i> [BTV], [MD], [PG], [AWT], [Informatik und Medienbildung], [Philosophie]</p>	

C 1: Verantwortlich handeln im Anthropozän**ca. 5 Unterrichtsstunden**

<p>Gesellschaftliche Schlüsselfrage Menschliches Handeln bedroht durch Klimawandel, Ressourcenverbrauch und den Verlust der Artenvielfalt den Lebensraum Erde. Wie können die natürlichen Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen gesichert werden?</p>	
<p>Normative Orientierung Die Lernenden erkennen die Notwendigkeit des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen an.</p>	
<p>Fachspezifische Kompetenzen</p>	
	Die Lernenden...
<i>Perspektivenübernahme</i>	... erschließen die globale Dimension politischen Handelns in ökologischer Verantwortung.
<i>Konfliktfähigkeit</i>	... charakterisieren politische Maßnahmen zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen als Kompromisse.
<i>Politische Urteilsfähigkeit</i>	... beurteilen die Wirksamkeit individueller und politischer Maßnahmen zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen.
<i>Politische Handlungsfähigkeit</i>	... sind in der Lage, ökologische Verantwortung durch bewusstes Konsumverhalten zu übernehmen.
<i>Sozialwissenschaftliche Analysekompetenz</i>	... beschreiben die Bedrohung des Lebensraums Erde mit Hilfe statistischer Daten.
<p>Verbindliche Inhalte</p>	
<p>Hinweise und Anregungen</p>	
<p>Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen</p> <ul style="list-style-type: none"> ökologischer Fußabdruck Ressourcenverbrauch im internationalen Vergleich <p>Handlungsmöglichkeiten der internationalen Politik</p> <ul style="list-style-type: none"> Umwelt- und Klimaschutz auf globaler Ebene 	<p>Globalisierung im Alltag: z. B. Kleidung, Ernährung, Mobilität, Energieverbrauch</p> <p>Beispiele: Wasser, Ernährung, Energie World Overshoot Day</p> <p>Bedrohungen der globalen Lebensgrundlagen durch Klimawandel, Rückgang der Artenvielfalt</p> <p>Internationale Zusammenarbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> UN-Klimakonferenzen Handel mit CO₂-Zertifikaten Internationale Umweltorganisationen, z. B. Greenpeace, WWF, Friends of the Earth, Rainforest Alliance

<ul style="list-style-type: none">• Sicherung natürlicher Ressourcen durch die Europäische Union	<p>Einführung der EU als internationaler Akteur:</p> <ul style="list-style-type: none">• Mitgliedsstaaten, Kommission, Parlament• Rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten durch Richtlinien und Verordnungen <p>Handlungsmöglichkeiten der EU: z. B. Renaturierung von Flächen, Fischerei-quoten, Feinstaubverordnung, Rücknahme/Rückgabe von Elektrogeräten, Grundwasserschutz, Glühlampen-Regelung, Plastik-Verordnung</p> <p>Methodenvorschlag: Zukunftswerkstatt: „Eine Welt ohne Plastik?“ oder „Die klimaneutrale Welt – eine Utopie?“</p> <p>Projektvorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none">• Exkursion zum Landesinstitut für erneuerbare Energien Neustrelitz (Leea)• Umfrage zu Ressourcennutzung und -verbrauch
<p><i>Verknüpfungen</i> [BNE], [MD], [MV], [Geografie]</p>	

A 3: Parteien und Interessengruppen als Ausdruck von Pluralismus ca. 8 Unterrichtsstunden

<p>Gesellschaftliche Schlüsselfrage In repräsentativen Demokratien werden unterschiedliche Interessen gebündelt, artikuliert und politisch durchgesetzt. Wie erfolgt politische Willensbildung in einer pluralistischen Gesellschaft?</p>	
<p>Normative Orientierung Die Lernenden akzeptieren den Pluralismus einer offenen Gesellschaft als grundlegendes Merkmal von Demokratien.</p>	
<p>Fachspezifische Kompetenzen</p>	
	<p>Die Lernenden...</p>
<i>Perspektivenübernahme</i>	... erklären konträre Positionen und Motive gesellschaftlicher Interessengruppen und Parteien.
<i>Konfliktfähigkeit</i>	... beschreiben Interessengegensätze und bewerten die Bedeutung von Regelungsmechanismen für die Befriedung von Konflikten.
<i>Politische Urteilsfähigkeit</i>	... bewerten die Relevanz von Parteien und Interessengruppen für die politische Willensbildung in einer pluralistischen Gesellschaft.
<i>Politische Handlungsfähigkeit</i>	... sind in der Lage, sich für die Durchsetzung ihrer Belange in Interessengruppen und Parteien zu engagieren.
<i>Sozialwissenschaftliche Analysekompetenz</i>	... stellen politische Programme und öffentliche Stellungnahmen kriterienorientiert gegenüber.
<p>Verbindliche Inhalte Hinweise und Anregungen</p>	
<p>Funktionen und Bedeutung von Interessengruppen</p>	<p>Möglichkeiten der Einflussnahme:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbände: Gewerkschaften, Arbeitgeber, Bauernverband, Tourismusverband, Verbände und Vereine aus den Bereichen Umwelt, Sport, Kultur und Soziales • Bürgerinitiativen: lokal, landesweit • Soziale Bewegungen: Umwelt, Frieden, Frauen
<p>Parteien als zentrale Akteure der politischen Willensbildung</p>	<p>Gesetz über die politischen Parteien, Art. 21 GG</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Funktionen von Parteien in der repräsentativen Demokratie • Grundausrichtung, Ziele 	<p>Parteienlandschaft in Deutschland und M-V Bedeutung der Jugendorganisationen</p>
	<p>Funktionsunterschiede zwischen Parteien und Interessengruppen</p>

<p>Pluralismus als Grundbedingung offener Gesellschaften</p> <ul style="list-style-type: none">• Akzeptanz von Interessengegensätzen• Verfassungsmäßige Grundlagen	<p>Legitimität von Interessen</p> <p>Beispiele: Meinungs- und Pressefreiheit (Art. 5 GG), Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG), Koalitionsfreiheit (Art. 9 GG) [Geschichte]</p> <p>Methodenvorschlag: Problemstudie und Talkshow zu regional-spezifischen Themen wie z. B. Massentierhaltung, Windkraft [Geografie]</p>
<p><i>Verknüpfungen</i> [MV], [DRF], [Geschichte], [Geografie]</p>	

A 4: Repräsentative Demokratie auf Landesebene**ca. 7 Unterrichtsstunden**

<p>Gesellschaftliche Schlüsselfrage Die „Herrschaft des Volkes“ wird in modernen Demokratien durch die Wahl von Parlamenten umgesetzt. Welche Rolle spielt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern für die Repräsentation der Bevölkerung und die politische Entscheidungsfindung?</p>	
<p>Normative Orientierung Die Lernenden erschließen Volkssouveränität und Repräsentation als Grundprinzipien der parlamentarischen Demokratie.</p>	
<p>Fachspezifische Kompetenzen</p>	
<p>Die Lernenden...</p>	
<i>Perspektivenübernahme</i>	... stellen die Rollen und Sichtweisen von Wählerschaft und Abgeordneten dar.
<i>Konfliktfähigkeit</i>	... erklären Wahlen als ein Mittel der friedlichen Konfliktlösung und den Gegensatz von Regierung und Opposition.
<i>Politische Urteilsfähigkeit</i>	... erörtern das Repräsentationsprinzip als Grundlage demokratischer Entscheidungsfindung.
<i>Politische Handlungsfähigkeit</i>	... kennen Partizipationsmöglichkeiten auf Ebene des Landes Mecklenburg-Vorpommern und sind in der Lage, sich in demokratische Entscheidungsprozesse einzubringen.
<i>Sozialwissenschaftliche Analysekompetenz</i>	... analysieren mediale Veröffentlichungen landespolitischer Akteure als Form politischer Positionierungen.
<p>Verbindliche Inhalte</p>	
<p>Hinweise und Anregungen</p>	
<p>Wahl zum Landtag</p> <ul style="list-style-type: none"> • Repräsentationsprinzip • Wahlverfahren <p>Gewaltenteilung in der repräsentativen Demokratie</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufgaben und Arbeitsweise des Landtages 	<p>Einführung des Prinzips der Bundesstaatlichkeit</p> <p>[Modul B 1]</p> <p>Unterscheidung Mehrheits- und Verhältniswahl Erst- und Zweitstimme, Fünf-Prozent-Hürde, Sitzverteilung, aktives und passives Wahlrecht</p> <p>Wahl des/der Ministerpräsident/-in, Gesetzgebung, Budgetrecht, Kontrolle von Regierung und Verwaltung, Öffentlichkeit Organisation und Struktur: u. a. Landtagspräsident/-in, Fraktionen, Ausschüsse Bedeutung und Handlungsmöglichkeiten der Opposition Abgeordnete: u. a. Wahlkreisarbeit, Fraktion, Immunität, Diäten</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Bildung und Aufgaben der Landesregierung <p>Landespolitik und Medien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Funktionen von Medien • Wechselwirkung von Medien und Politik 	<p>Koalitionen, Wahl des/der Ministerpräsidenten/-in, Kabinettsbildung und Ressortverteilung</p> <p>[Deutsch]</p> <p>Information, Meinungsbildung, Kontrolle und Kritik „Gate-Keeping“ und „Agenda-Setting“</p> <p>Medienlandschaft in M-V:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Öffentlich-rechtliche und private Medien • Presse, Rundfunk/TV, Online-Medien <p>Wahlkampf und Medien</p> <p>Öffentlichkeitsarbeit von Akteuren und Institutionen auf Homepages/ in Social Media</p> <p>Möglichkeiten der Artikulation von Bürgern/-innen, z. B. Social-Media-Kommentare, Leserbriefe</p> <p>Methodenvorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Expertenbefragung: Interview mit Abgeordneten • Planspiel „Wahlen“ der LpB M-V <p>Projektvorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Juniorwahl“ • „Jugend im Landtag“ • Exkursion zum Landtag M-V
<p><i>Ergänzende Inhalte</i> Repräsentation ergänzende Möglichkeiten der Partizipation</p>	<p>Elemente der plebiszitären Demokratie (Art. 59 – 60 LVerfM-V)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Volksinitiative • Volksbegehren • Volksentscheid <p>Petitionsrecht Bürgerbeauftragte/r</p> <p>Bürgerräte</p>
<p><i>Verknüpfungen</i> [MD], [DRF], [Modul B1], [MV], [Deutsch]</p>	

B 3: Sozialisation und soziale Ungleichheit**ca. 7 Unterrichtsstunden**

Gesellschaftliche Schlüsselfrage	
In der Gesellschaft gibt es unterschiedliche soziale Ausgangsbedingungen für die Menschen, weshalb es der Anspruch des Sozialstaates ist, gesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen. Wie kann diese Chancengleichheit gewährleistet werden?	
Normative Orientierung	
Die Lernenden erschließen sich Toleranz und Gerechtigkeit als grundlegende Werte für ein friedliches Zusammenleben.	
Fachspezifische Kompetenzen	
	Die Lernenden...
<i>Perspektivenübernahme</i>	... beschreiben verschiedene Lebensformen und Lebenslagen.
<i>Konfliktfähigkeit</i>	... erläutern Ursachen für unterschiedliche Lebenslagen und sich daraus ergebende Interessen und Konflikte.
<i>Politische Urteilsfähigkeit</i>	... diskutieren die Eingriffsmöglichkeiten des Staates zur Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe für alle Menschen.
<i>Politische Handlungsfähigkeit</i>	... sind in der Lage, sozialstaatliche Maßnahmen für das eigene Leben zu nutzen.
<i>Sozialwissenschaftliche Analysekompetenz</i>	... werten statistisches Material kriteriengeleitet aus.
Verbindliche Inhalte	Hinweise und Anregungen
Funktions- und Bedeutungswandel der Familie in der Gesellschaft	Einflussfaktoren: z. B. Wandel der Arbeitswelt, Individualisierung, Wertewandel
<ul style="list-style-type: none"> • Pluralisierung von Lebensformen • Einstellungen und Werthaltungen zu unterschiedlichen Lebensformen • Wechselseitige Einflüsse von Sozialisationsinstanzen, Gesellschaft und Individuum 	Familie, Schule, Peergroup, Medien
Soziale Ungleichheiten in Deutschland	Mögliche Aspekte: Armut und Reichtum, Bildung, Gesundheitsversorgung, Ernährung, Stadt-Land-Gefälle, Herkunft, soziale Isolation, Behinderung
<ul style="list-style-type: none"> • Erscheinungsformen und Ursachen • Auswirkungen auf gesellschaftliche Teilhabe 	Ergebnisse der Ungleichheitsforschung, Initiativen und Programme zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe

<p>Gleichberechtigung und Gleichstellung als gesellschaftlicher Prozess und staatliche Aufgabe</p> <ul style="list-style-type: none"> • Herausforderungen und Konflikte • politische Lösungsstrategien 	<p>Vereinbarkeit von Familie und Beruf „Gender-Pay-Gap“ Zugang zu Führungspositionen Inklusion</p> <p>Gleichberechtigung, z. B. „Barrierefreiheit“, „Frauenquote“ Staatliche Leistungen für Familien: z. B. Kindergeld, Elternzeit Wandel im Familienrecht: z. B. „Ehe für alle“</p> <p>Methodenvorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Problemstudie zu Lösungen für Ungleichheitsphänomene • Pro-Contra-Debatte zu politischen Maßnahmen aus den Themenbereichen Gleichberechtigung und Gleichstellung oder soziale Ungleichheit <p>Projektvorschlag: „Jugend debattiert“ [Deutsch]</p>
<p><i>Verknüpfungen</i> [BTV], [BNE], [BO], [Deutsch]</p>	

**C 2: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
in der Europäischen Union**

ca. 7 Unterrichtsstunden

<p>Gesellschaftliche Schlüsselfrage Digitalisierung der Lebenswelt, grenzüberschreitende Migration sowie Nachhaltigkeit stehen exemplarisch für globale Herausforderungen, die nur gemeinsam zu bewältigen sind. Wie begegnet die Europäische Union solchen Herausforderungen?</p>	
<p>Normative Orientierung Die Lernenden erkennen die Europäische Union als regulierenden Handlungsrahmen zum Erhalt der Werte Freiheit, Demokratie und Menschenrechte an.</p>	
<p>Fachspezifische Kompetenzen</p>	
	<p>Die Lernenden...</p> <p><i>Perspektivenübernahme</i> ... charakterisieren unterschiedliche Akteure und deren Interessen bei der Ausgestaltung des europäischen Integrationsprozesses.</p> <p><i>Konfliktfähigkeit</i> ... diskutieren die Möglichkeiten der Europäischen Union zur Regulierung des Gegensatzes von Freiheit und Sicherheit.</p> <p><i>Politische Urteilsfähigkeit</i> ... bewerten politische Entscheidungsprozesse der EU hinsichtlich der Verwirklichung ihrer Grundwerte.</p> <p><i>Politische Handlungsfähigkeit</i> ... können die Freiheiten des Binnenmarktes nutzen und ihre Schutzrechte einfordern.</p> <p><i>Sozialwissenschaftliche Analysekompetenz</i> ... charakterisieren das Modell der Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union.</p>
<p>Verbindliche Inhalte</p>	
<p>Hinweise und Anregungen</p>	
<p>Idee, Entwicklung und Handlungsfelder der Europäischen Union</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ziele und Grundwerte • EU-Binnenmarkt als Kern der Integration <p>Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union an einem aktuellen Beispiel</p>	<p>Einfluss der Europäischen Union auf den Alltag, z. B. Binnenmarkt und Währung, offene Grenzen</p> <p>Ausgangssituation [Geschichte] Vertiefung Erweiterungen</p> <p>Freiheit von Waren, Dienstleistungen, Kapital, Personen</p> <p>Spannungsverhältnis zwischen nationalstaatlicher Souveränität und Integration</p> <p>Zusammenspiel der EU-Institutionen: Europäisches Parlament, Europäische Kommission, Europäischer Rat und Rat der EU,</p> <p>Anwendung des Politikzyklus</p>

	<p>Geeignete Handlungsfelder: [Geografie]</p> <ul style="list-style-type: none"> • Regulierungen des digitalen Binnenmarktes: z. B. Sicherung der Informationsvielfalt, Datenschutz, Cybersicherheit, Urheberrecht, Angleichung von Marktbedingungen und Verbraucherschutz [Informatik und Medienbildung] [AWT] • Europäische Migrationspolitik: z. B. Neuregelung der Dublin-Verordnungen, Grenzschutzregime • Regulierungen für nachhaltige Landwirtschaft: z. B. Flächenstilllegungen, Glyphosatverbot, Fischfangquoten, Düngemittelverordnung, Kennzeichnungspflichten für Lebensmittel <p>Methodenvorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Szenariotechnik zu Zukunftsfragen der Europäischen Union • Expertenbefragung: Interview eines MdEP per Videokonferenz <p>Projektvorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Planung und Durchführung des Europatages • Einbeziehung externer Partner, z. B. Europäisches Integrationszentrum (EIZ)
<p><i>Ergänzende Inhalte</i> Idee, Entwicklung und Handlungsfelder der Europäischen Union</p> <ul style="list-style-type: none"> • Partizipation und Demokratisierung 	<p>Europawahlen, Europäische Bürgerinitiative, Europäische Bürgerforen, Petitionen</p>
<p><i>Verknüpfungen</i> [BTV], [MD], [BNE], [Geschichte], [Geografie], [Informatik und Medienbildung], [AWT]</p>	

A 5: Föderalismus als Staatsstrukturprinzip

ca. 4 Unterrichtsstunden

<p>Gesellschaftliche Schlüsselfrage Die bundesstaatliche Ordnung Deutschlands wird immer wieder in Frage gestellt. Welche Bedeutung hat der Föderalismus für die Stabilität der Demokratie?</p>	
<p>Normative Orientierung Die Lernenden erkennen den Beitrag des Föderalismus zum Erhalt von Vielfalt an.</p>	
<p>Fachspezifische Kompetenzen</p>	
	<p>Die Lernenden...</p> <p><i>Perspektivenübernahme</i> ... charakterisieren unterschiedliche Zuständigkeiten von Bund und Ländern und erörtern deren Standpunkte in politischen Konflikten.</p> <p><i>Konfliktfähigkeit</i> ... beschreiben das grundsätzliche Spannungsfeld zwischen Einheit und Vielfalt und erläutern den Föderalismus als ein Instrument zur Regulierung daraus entstehender Konflikte.</p> <p><i>Politische Urteilsfähigkeit</i> ... setzen sich kritisch mit der Bedeutung des Föderalismus für die Stabilität einer Demokratie auseinander.</p> <p><i>Politische Handlungsfähigkeit</i> ... ordnen Problemfelder den Ebenen von Bund und Ländern zu und können in diesen zweckmäßig agieren.</p> <p><i>Sozialwissenschaftliche Analysekompetenz</i> ... erschließen die föderale Struktur des Staates durch die Auswertung und Erarbeitung von Schaubildern.</p>
<p>Verbindliche Inhalte</p>	
<p>Hinweise und Anregungen</p>	
<p>Ziele und Grundlagen der Bundesstaatlichkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abgrenzung der Zuständigkeiten • Bundesrat als Vertretung von Länderinteressen auf Bundesebene 	<p>Machtbeschränkung, vertikale Gewaltenteilung Kulturelle Vielfalt in den Regionen Föderale Tradition Deutschlands [Geschichte]</p> <p>Länderübergreifende Zusammenarbeit, z. B. KMK, Länderfinanzausgleich, Königsteiner Schlüssel</p> <p>Subsidiarität und kommunale Selbstverwaltung</p> <p>Methodenvorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fallanalyse / Fallstudie: Schulwechsel über Landesgrenzen • Konfliktanalyse und Pro-Contra-Debatte: „Mehr Föderalismus oder mehr Zentralstaat?“ <p>Projektvorschlag: Exkursion zum Bundesrat und zur Landesvertretung M-V</p>
<p><i>Verknüpfungen</i> [MV], [Geschichte]</p>	

<ul style="list-style-type: none"> • Verfahren der Gesetzgebung 	<p>Regierungsmehrheit und Opposition Arbeitsweise des Bundestages: Plenardebatten und Ausschüsse, Fraktionsdisziplin vs. freies Mandat Richtlinienkompetenz des/der Bundeskanzlers/-in und Ressortprinzip Mitwirkung der Länder über den Bundesrat Rolle des/der Bundespräsident/-in</p> <p>Methodenvorschlag: Planspiel Gesetzgebung</p> <p>Projektvorschlag: Exkursion zum Bundestag / Bundesrat</p>
<p><i>Ergänzende Inhalte</i> Vergleich parlamentarisches und präsidentielles Regierungssystem am Beispiel Deutschland und den USA</p>	<p>Bundespräsident/-in, Bundeskanzler/-in und US-Präsident/-in Verhältnis von Regierung und Parlament [Geschichte] [Englisch]</p>
<p><i>Verknüpfungen</i> [DRF], [Geschichte], [Englisch]</p>	

B 4: Grundrechte und Rechtsstaat

ca. 7 Unterrichtsstunden

<p>Gesellschaftliche Schlüsselfrage Die Grundrechte als konstitutives Element des Rechtsstaats bilden das Fundament des demokratischen Zusammenlebens in Deutschland. Wie lässt sich das Spannungsverhältnis unterschiedlicher Grundrechte ausbalancieren?</p>	
<p>Normative Orientierung Die Lernenden erkennen die Grundrechte als Prinzipien rechtsstaatlichen Handelns an.</p>	
<p>Fachspezifische Kompetenzen</p>	
<p>Die Lernenden...</p> <p><i>Perspektivenübernahme</i> ... erläutern Inhalt und Intention unterschiedlicher Grundrechte.</p> <p><i>Konfliktfähigkeit</i> ... beschreiben aus unterschiedlichen Grundrechten entstehende Spannungsverhältnisse und positionieren sich darin.</p> <p><i>Politische Urteilsfähigkeit</i> ... diskutieren rechtsstaatliche Lösungen von Grundrechtskonflikten.</p> <p><i>Politische Handlungsfähigkeit</i> ... sind in der Lage, Instrumente zur Sicherung der Grundrechte zu nutzen.</p> <p><i>Sozialwissenschaftliche Analysekompetenz</i> ... untersuchen Gesetzestexte und Urteilsbegründungen zu ausgewählten Grundrechtskonflikten.</p>	
<p>Verbindliche Inhalte</p>	<p>Hinweise und Anregungen</p>
<p>Grundrechte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterscheidung von Grundrechten • Einschränkungen von Grundrechten • Konflikte zwischen Grundrechten <p>Rechtsstaatsprinzip</p> <p>Bedeutung des Bundesverfassungsgerichts bei der Lösung von Grundrechtskonflikten</p>	<p>Freiheits-, Unverletzlichkeits- und Gleichheitsrechte</p> <p>Abwehr von Gefahren, z. B. Kriege, Pandemien, Kriminalität, Katastrophen</p> <p>Beispiele für Grundrechtskonflikte im Alltag: z. B. Freiheit vs. Sicherheit; Freiheit vs. Gleichheit; Gemeinwohl vs. Eigeninteresse</p> <p>Merkmale und Umsetzung</p> <p>Hüter der Verfassung, Auswirkungen der BVerfG-Urteile auf Rechtsprechung und Gesetzgebung</p> <p>Methodenvorschlag: Dilemma-Methode: Sterbehilfeurteil 2020, Luftsicherheitsgesetz 2009, Daschner-Fall 2004, Klimaschutzurteil 2019 [Philosophie]</p>
<p><i>Verknüpfungen</i> [DRF], [Philosophie]</p>	

C 3: Internationale Friedenssicherung**ca. 10 Unterrichtsstunden**

Gesellschaftliche Schlüsselfrage Frieden und Sicherheit in unserer Welt sind fortwährend bedroht. Wie können Konflikte durch internationale Politik geregelt werden?	
Normative Orientierung Die Lernenden erkennen die Notwendigkeit internationaler Beziehungen zur Sicherung eines friedlichen Zusammenlebens in der Welt an.	
Fachspezifische Kompetenzen	
<i>Die Lernenden...</i>	
<i>Perspektivenübernahme</i>	... beschreiben die Interessen und Handlungsmöglichkeiten unterschiedlicher Akteure in der internationalen Friedenssicherung.
<i>Konfliktfähigkeit</i>	... erklären die Ursachen von internationalen Konflikten sowie Möglichkeiten und Hemmnisse für deren Lösung.
<i>Politische Urteilsfähigkeit</i>	... bewerten die Rolle Deutschlands sowie multilateraler Organisationen als Akteure der internationalen Politik.
<i>Politische Handlungsfähigkeit</i>	... können Möglichkeiten des gesellschaftlichen Engagements zur Friedenssicherung, z. B. in NGOs, nutzen.
<i>Sozialwissenschaftliche Analysekompetenz</i>	... untersuchen internationale Konflikte strukturiert und kriterienorientiert.
Verbindliche Inhalte	
Hinweise und Anregungen	
Formen und Ursachen von Kriegen und Konflikten	Einführung der Begriffe Krieg, Konflikt, Frieden Formen: zwischenstaatlich, innerstaatlich, asymmetrisch
Möglichkeiten und Akteure der internationalen Friedenssicherung	z. B. Diplomatie, Völkerrecht, militärische Interventionen, Entwicklungszusammenarbeit, Sanktionen, internationales Recht
<ul style="list-style-type: none"> • zivile und militärische Instrumente der Friedenssicherung 	z. B. Diplomatie, Völkerrecht, militärische Interventionen, Entwicklungszusammenarbeit, Sanktionen, internationales Recht
<ul style="list-style-type: none"> • internationale Organisationen: UNO 	Idee der Weltgemeinschaft, UN-Sicherheitsrat, Generalversammlung, UN-Friedensmissionen, UN-Charta, Resolutionen
	Einflussmöglichkeiten von NGO's, z. B. Ärzte ohne Grenzen, Human Rights Watch, Internationales Rotes Kreuz

<p>Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik als multilaterales Handeln</p> <ul style="list-style-type: none"> • nationalstaatliche Interessen Deutschlands • Transatlantische Bindung: NATO • EU-Mitgliedschaft 	<p>Sicherheit, globalisierter Handel, weltweite Durchsetzung von Menschenrechten und Demokratie</p> <p>Bundeswehr als Parlamentsarmee</p> <p>US-Truppenpräsenz in Deutschland und Europa, Nukleare Teilhabe, Ausrichtung der US-Außenpolitik</p> <p>Bedeutung der EU für Deutschland: EU als globaler Akteur, wirtschaftliche Verflechtung, Friedenssicherung</p> <p>Methodenvorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konfliktanalyse, z. B. China-Taiwan; Russland-Ukraine; Nahostkonflikt • Pro-Contra-Debatte: Führungsrolle Deutschlands in der Weltpolitik? <p>Projektvorschlag:</p> <p>Expertengespräch zu Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik mit externen Partnern, z. B. Akteuren der Friedenspädagogik, Jugendoffizieren der Bundeswehr</p>
<p><i>Ergänzende Inhalte</i></p> <p>Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik als multilaterales Handeln</p>	<p>Besondere Einflussfaktoren auf die deutsche Außenpolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> • Geostrategische Lage [Geografie] • NS-Vergangenheit [Geschichte] • Öffentliche Meinung
<p><i>Verknüpfungen</i></p> <p>[BNE], [DRF], [BTV], [Geschichte], [Geografie]</p>	

Klasse 10

A7: Herausforderungen für die offene Gesellschaft und die repräsentative Demokratie

ca. 9 Unterrichtsstunden

<p>Gesellschaftliche Schlüsselfrage Demokratien sehen sich fortwährend Herausforderungen und Gefährdungen ausgesetzt. Wie kann die offene Gesellschaft bewahrt und die Parteiendemokratie weiterentwickelt werden?</p>	
<p>Normative Orientierung Die Lernenden erschließen das Prinzip der offenen Gesellschaft und erkennen die gesellschaftliche Repräsentation als Grundlage demokratischer Legitimation an.</p>	
<p>Fachspezifische Kompetenzen</p>	
	<p>Die Lernenden...</p>
<i>Perspektivenübernahme</i>	... beschreiben demokratiegefährdende Einstellungen und Motive antidemokratischer Bestrebungen.
<i>Konfliktfähigkeit</i>	... erläutern das Spannungsverhältnis zwischen Bewahrung der Demokratie und deren notwendiger Anpassung an den gesellschaftlichen Wandel und setzen sich mit legitimer Kritik sowie antidemokratischen Positionen auseinander.
<i>Politische Urteilsfähigkeit</i>	... beurteilen die Handlungsmöglichkeiten des Rechtsstaats, der Parteien und der Gesellschaft in Bezug auf zentrale Herausforderungen und Bedrohungen der Demokratie.
<i>Politische Handlungsfähigkeit</i>	... sind in der Lage, Partizipationsmöglichkeiten in der offenen Gesellschaft zu nutzen und den Wandel der Parteiendemokratie mitzugestalten.
<i>Sozialwissenschaftliche Analysekompetenz</i>	... untersuchen kriterienorientiert statistische Daten zu Parteien, Wählerschaften und antidemokratischen Phänomenen.
<p>Verbindliche Inhalte</p>	
<p>Hinweise und Anregungen</p>	
<p>Gefährdungen der offenen Gesellschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bedrohungen der demokratischen Öffentlichkeit 	<p>Elemente demokratischer Öffentlichkeit: Meinungs- und Pressefreiheit, öffentlich-rechtlicher Rundfunk</p> <p>Desinformationskampagnen im analogen und digitalen Raum</p> <p>Verschwörungserzählungen, z. B. Reichsbürgerbewegung, Antisemitismus [Geschichte]</p> <p>Grenzen der Meinungsfreiheit</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Demokratiefeindliche Phänomene <ul style="list-style-type: none"> • Prinzip der wehrhaften Demokratie <p>Herausforderungen für die repräsentative Demokratie</p> <ul style="list-style-type: none"> • Parteien und ihre gesellschaftliche Verankerung <p>Zukunft der repräsentativen Demokratie</p>	<p>Extremismus und Populismus Antisemitismus [DRF] Fremdenfeindlichkeit, Rassismus</p> <p>Aspekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einstellungen und Ursachen • Akteure, Aktionsformen • Strategien und Ziele <p>Politisch motivierte Gewalt, z. B. Angriffe auf Migranten/-innen, Synagogen oder Amtsträger/-innen</p> <p>Handlungsmöglichkeiten, u. a.: Parteien- und Vereinigungsverbote, Politische Bildung und Prävention, zivilgesellschaftliches Engagement</p> <p>Parteientypen, z. B.: Volkspartei, Klientelpartei, Single-Issue-Partei</p> <p>Wandel der Parteienbindung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mitgliederentwicklung • Wählerschaft, z. B. Stamm-, Wechsel-, Nichtwähler/-innen <p>Reform der Parteien:</p> <ul style="list-style-type: none"> • innerparteiliche Demokratie • inhaltliche Ausrichtung <p>Reform der Entscheidungsverfahren:</p> <ul style="list-style-type: none"> • direktdemokratische Verfahren • deliberative Verfahren <p>Methodenvorschlag: Problemstudie:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grenzen der Meinungsfreiheit • Zukunftsfähigkeit der Parteien <p>Projektvorschlag: Einbeziehung externer Partner zum Themenbereich "Gefährdungen der offenen Gesellschaft"</p>
<p><i>Ergänzende Inhalte</i> Zukunft der repräsentativen Demokratie</p>	<p>Reform der Parteienfinanzierung</p>
<p><i>Verknüpfungen</i> [MD], [BTV], [DRF], [BNE], [Geschichte]</p>	

B 5: Zukunft des Sozialstaats

ca. 9 Unterrichtsstunden

<p>Gesellschaftliche Schlüsselfrage Der demografische Wandel ist eine zentrale Herausforderung aller modernen Gesellschaften und damit auch des deutschen Sozialstaats. Wie kann das Sozialstaatsprinzip in Zukunft im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenhalts und sozialer Gerechtigkeit gestaltet werden?</p>	
<p>Normative Orientierung Die Lernenden erschließen den Wert einer solidarischen Gesellschaft als Grundlage des Sozialstaatsprinzips.</p>	
<p>Fachspezifische Kompetenzen</p>	
<p>Die Lernenden...</p> <p><i>Perspektivenübernahme</i> ... stellen die unterschiedlichen politischen Vorstellungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zu sozialer Gerechtigkeit gegenüber.</p> <p><i>Konfliktfähigkeit</i> ... erschließen die Kontroversität sozialpolitischer Maßnahmen auf der Basis unterschiedlicher Gerechtigkeitskonzepte.</p> <p><i>Politische Urteilsfähigkeit</i> ... setzen sich mit verschiedenen Lösungsstrategien zur Reform der sozialen Sicherungssysteme angesichts des demografischen Wandels auseinander.</p> <p><i>Politische Handlungsfähigkeit</i> ... arbeiten den Nutzen sozialstaatlicher Leistungen für ihr eigenes Leben heraus und können sich für mögliche Reformen des Sozialstaats einsetzen.</p> <p><i>Sozialwissenschaftliche Analysekompetenz</i> ... erklären gesellschaftliche Entwicklungen mit Hilfe von statistischem Material.</p>	
<p>Verbindliche Inhalte Hinweise und Anregungen</p>	
<p>Sozialstaatsprinzip in der Solidargemeinschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> • Handlungsfelder des Sozialstaates • Vorstellungen gesellschaftlicher Gruppen und politischer Parteien zu sozialer Gerechtigkeit <p>Demografischer Wandel als Herausforderung für den Sozialstaat</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, Europa und der Welt • Auswirkungen auf die Solidargemeinschaft 	<p>Notwendigkeit sozialstaatlichen Handelns, z. B. bei Arbeitslosigkeit, zur Existenzsicherung, zur Gesundheits- und Altersversorgung</p> <p>Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sozialversicherungen • staatliche Leistungen und Vergünstigungen <p>Formen: z. B. Leistungsgerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, egalitäre Gerechtigkeit [Modul A3] [Philosophie]</p> <p>Aspekte und Ursachen: Geburten- und Sterberate, Migration, Hygiene, individuelle Lebensentwürfe, Gesundheitsversorgung,</p> <p>Generationengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Deutschland als Einwanderungsland, Nachhaltigkeit</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Lösungsstrategien des Sozialstaates 	<p>Maßnahmen zur Förderung von Integration, Teilhabe und Bildung, Familien- und Gesundheitspolitik, Sicherung der Altersversorgung</p> <p>Reformperspektiven der sozialen Sicherungssysteme</p> <p>Methodenvorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zukunftswerkstatt „Sozialverträglicher Klimaschutz“ unter Einbeziehung von [Modul C 1] • Pro-Contra-Debatte, z. B. zu den Themen Generationenvertrag, Ausbildungsbeihilfen, Grundeinkommen, allgemeine Dienstpflicht für junge Menschen <p>Projektvorschlag: Planspiel „Dorfgründung“ zu Fragen gerechter Verteilung</p>
<p><i>Ergänzende Inhalte</i> Globale Migration als Herausforderung</p>	<p>Push- und Pull-Faktoren [Geografie] Auswirkungen globaler Migrationsbewegungen auf die Gesellschaften in Europa, Deutschland, M-V Rechtsstellung von Zugewanderten im Vergleich</p> <ul style="list-style-type: none"> • Asyl • Flucht • Arbeitsmigration <p>Rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten</p> <p>Methodenvorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fallanalyse zu Migrationsbewegungen • Arbeit mit Biografien von Menschen mit unterschiedlichen Migrationserfahrungen • Exkursionen, z. B. BallinStadt Auswanderermuseum Hamburg, Wolhynier Umsiedlermuseum Linstow, Deutsches Auswandererhaus Bremerhaven [Geschichte]
<p><i>Verknüpfungen</i> [Modul A 3], [BNE], [Modul C 1], [MV], [Geografie], [Philosophie], [Geschichte]</p>	

C 4: Zukunft der internationalen Beziehungen

ca. 6 Unterrichtsstunden

<p>Gesellschaftliche Schlüsselfrage Nationalstaaten handeln nach unterschiedlichen Wertorientierungen und Interessen. Wie kann unter diesen Bedingungen internationale Zusammenarbeit stattfinden?</p>	
<p>Normative Orientierung Die Lernenden erkennen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit als anzustrebende Prinzipien internationaler Zusammenarbeit an.</p>	
<p>Fachspezifische Kompetenzen</p>	
<p>Die Lernenden...</p>	
<p><i>Perspektivenübernahme</i></p>	<p>... analysieren die unterschiedlichen Interessen und Motive von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in internationalen Beziehungen.</p>
<p><i>Konfliktfähigkeit</i></p>	<p>... erläutern die Handlungsoptionen von Staaten mit unterschiedlichen Interessen bei der Bewältigung globaler Herausforderungen.</p>
<p><i>Politische Urteilsfähigkeit</i></p>	<p>... beurteilen Staaten und internationale Kooperationen anhand der Prinzipien Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit.</p>
<p><i>Politische Handlungsfähigkeit</i></p>	<p>... können Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Engagements für globale Nachhaltigkeit und Demokratie nutzen.</p>
<p><i>Sozialwissenschaftliche Analysekompetenz</i></p>	<p>... erschließen internationale Verträge und Abkommen im Hinblick auf ihren Kompromisscharakter.</p>
<p>Verbindliche Inhalte</p>	
<p>Hinweise und Anregungen</p>	
<p>Nachhaltigkeit als zentrale Herausforderung für die internationale Politik</p> <ul style="list-style-type: none"> • Handlungsrahmen und Akteure nachhaltiger globaler Entwicklung • Interessengegensätze und Abhängigkeiten von Nationalstaaten 	<p>Agenda 2030 – Globale Ziele für nachhaltige Entwicklung „New Green Deal“ der EU UN-Klimakonferenzen G7- bzw. G20-Treffen</p> <p>Ziele nachhaltigen globalen Wirtschaftens:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Klimaneutralität • Kreislaufwirtschaft [AWT] <p>z. B. Energiegewinnung und -versorgung</p> <p>Ressourcengerechtigkeit, z. B. Zugang zu Wasser, Boden, Rohstoffen, Energie, Technologie, Gesundheitsversorgung, Bildung</p>
<p>Konkurrenz von Demokratien und Autokratien in der Welt</p>	<p>Merkmale und weltweite Verbreitung von Autokratien und demokratischen Systemen</p> <p>Demokratieindizes, z. B. Economist, Freedom House</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Zielkonflikte in der internationalen Zusammenarbeit • Multilaterale und nationalstaatliche Handlungsoptionen 	<p>z. B. Durchsetzung von Menschenrechten versus Sicherung von Wohlstand</p> <p>Mögliche Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • UN-Menschenrechtsrat, Internationaler Strafgerichtshof, Europarat, internationale Kontrollregime • Sanktionen, militärische Interventionen • „Wandel durch Handel“, Förderung der Zivilgesellschaften, Menschenrechtsdialog, Asylrecht • Einflussmöglichkeiten von NGOs, z. B. Amnesty International, ProAsyl, Human Rights Watch <p>Methodenvorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Szenariotechnik: „Global Green Economy?“ • Konfliktanalyse: „Menschenrechte oder Wohlstand?“ – Herausforderungen für die deutsche Außenpolitik
<p><i>Ergänzende Inhalte</i> Konkurrenz von Demokratien und Autokratien in der Welt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umgang mit autokratischen Tendenzen in der EU 	<p>Handlungsrahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kopenhagener Kriterien • Rechtsstaatsmechanismus
<p><i>Verknüpfungen</i> [BNE], [AWT], [DRF]</p>	

3 Leistungsfeststellung und Leistungsbewertung

3.1 Rechtliche Grundlagen

Die Leistungsbewertung erfolgt auf der Grundlage der folgenden Rechtsvorschriften in den jeweils geltenden Fassungen:

- [Verordnung zur einheitlichen Leistungsbewertung an den Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern](#) (Leistungsbewertungsverordnung – LeistBewVO M-V) vom 30. April 2014
- [Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen, im Rechtschreiben oder im Rechnen](#) (Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur) vom 20. Mai 2014

3.2 Allgemeine Grundsätze

Leistungsbewertung umfasst mündliche, schriftliche und gegebenenfalls praktische Formen der Leistungsermittlung. Den Lernenden muss im Fachunterricht die Gelegenheit dazu gegeben werden, Kompetenzen, die sie erworben haben, wiederholt und in wechselnden Zusammenhängen zu üben und unter Beweis zu stellen. Die Lehrkräfte begleiten den Lernprozess der Lernenden, indem sie ein positives und konstruktives Feedback zu den erreichten Lernständen geben und im Dialog und unter Zuhilfenahme der Selbstbewertung der Lernenden Wege für das weitere Lernen aufzeigen.

Es sind grundsätzlich alle in Kapitel 2 ausgewiesenen Kompetenzbereiche bei der Leistungsbewertung angemessen zu berücksichtigen. Das Beurteilen einer Leistung erfolgt in Bezug auf verständlich formulierte und den Lernenden bekannten Kriterien, nach denen die Bewertung vorgenommen wird. Fachbezogen ergeben sich die Kriterien zur Leistungsbewertung aus dem Zusammenspiel der im Rahmenplan formulierten Kompetenzen und Inhalte.

Anforderungsbereiche und allgemeine Vorgaben für Klassenarbeiten

Ausgehend von den verbindlichen Themen, zu denen erworbene Kompetenzen nachzuweisen sind, wird im Folgenden insbesondere benannt, nach welchen Kriterien die Klassenarbeiten zu gestalten und die erbrachten Leistungen zu bewerten sind.

Klassenarbeiten bestehen aus mehreren unabhängig voneinander bearbeitbaren Aufgaben, die in Teilaufgaben gegliedert sind. Die Teilaufgaben sollen nicht beziehungslos nebeneinanderstehen, aber doch so unabhängig voneinander sein, dass eine Fehlleistung – insbesondere am Anfang – nicht die weitere Bearbeitung der Aufgabe stark erschwert. Außerdem soll darauf geachtet werden, dass durch Teilaufgaben nicht ein Lösungsweg zwingend vorgezeichnet wird.

Sie sind so zu gestalten, dass sie Leistungen in den drei Anforderungsbereichen erfordern.

Anforderungsbereich I umfasst

- das Wiedergeben von Sachverhalten und Kenntnissen im gelernten Zusammenhang,
- die Verständnissicherung sowie
- das Anwenden und Beschreiben geübter Arbeitstechniken und Verfahren.

Anforderungsbereich II umfasst

- das selbständige Auswählen, Anordnen, Verarbeiten, Erklären und Darstellen bekannter Sachverhalte unter vorgegebenen Gesichtspunkten in einem durch Übung bekannten Zusammenhang und
- das selbständige Übertragen und Anwenden des Gelernten auf vergleichbare neue Zusammenhänge und Sachverhalte.

Anforderungsbereich III umfasst

- das Verarbeiten komplexer Sachverhalte mit dem Ziel, zu selbständigen Lösungen, Gestaltungen oder Deutungen, Folgerungen, Verallgemeinerungen, Begründungen und Wertungen zu gelangen. Dabei wählen die Lernenden selbstständig geeignete Arbeitstechniken und Verfahren zur Bewältigung der Aufgabe, wenden sie auf eine neue Problemstellung an und reflektieren das eigene Vorgehen.

Die Stufung der Anforderungsbereiche dient der Orientierung auf eine in den Ansprüchen ausgewogene Aufgabenstellung und ermöglicht so, unterschiedliche Leistungsanforderungen in den einzelnen Teilen einer Aufgabe nach dem Grad des selbstständigen Umgangs mit Gelerntem einzuordnen.

Der Schwerpunkt der zu erbringenden Leistungen liegt im Anforderungsbereich II. Darüber hinaus sind die Anforderungsbereiche I und III zu berücksichtigen.

Die in den Arbeitsaufträgen verwendeten Operatoren müssen in einen Bezug zu den Anforderungsbereichen gestellt werden, wobei die Zuordnung vom Kontext der Aufgabenstellung und ihrer unterrichtlichen Einordnung abhängig und damit eine eindeutige Zuordnung zu nur einem Anforderungsbereich nicht immer möglich ist.

Der Schwierigkeitsgrad wird gesteuert durch

- die Komplexität der Aufgabenstellung,
- die Komplexität und Anforderungshöhe des vorgelegten Materials oder einer entsprechenden Problemstellung,
- die Anforderung an Kontext- und Orientierungswissen,
- die Anforderung an die sprachliche Darstellung,
- Umfang und Komplexität der notwendigen Reflexion oder Bewertung.

3.3 Fachspezifische Grundsätze

Im Zusammenhang mit der Bewertung sonstiger Leistungen sind die im vorliegenden Rahmenplan angegebenen Methoden- und Projektvorschläge hervorzuheben. Diese bieten vielseitige Möglichkeiten, eine Thematik bzw. ein ganzes Modul in Form einer spezifischen Makromethode zu behandeln, Probleme zu analysieren und unter Einbeziehung spezifischer Wissens- und Verstehensleistungen zu beurteilen. Insbesondere das Generieren mündlicher und praktischer Leistungen wird in diesem Zusammenhang ermöglicht und gefördert. Die mit den Makromethoden verbundenen Mikromethoden und Arbeitstechniken sollen im Hinblick auf die Leistungsbewertung alle Anforderungsbereiche berücksichtigen. Aufgabenstellungen sowie Bewertungsmaßstäbe sind entsprechend Kapitel 1.2 differenziert zu gestalten.

4 Aufgabengebiete des Schulgesetzes

Die Schule setzt den Bildungs- und Erziehungsauftrag insbesondere durch Unterricht um, der in Gegenstandsbereichen, Unterrichtsfächern, Lernbereichen sowie Aufgabenfeldern erfolgt. Im Schulgesetz werden zudem Aufgabengebiete benannt, die Bestandteil mehrerer Unterrichtsfächer sowie Lernbereiche sind und in allen Bereichen des Unterrichts eine angemessene Berücksichtigung finden sollen. Diese gestalten sich im Sinne einer inklusiven Bildung. Diese Aufgabengebiete sind als Querschnittsthemen in allen Rahmenplänen abgebildet. Inhalte des vorliegenden Rahmenplans, die den im Folgenden aufgeführten Querschnittsthemen zugeordnet werden können, sind durch Kürzel gekennzeichnet und verankern die Aufgabengebiete fachlich.

Berufliche Orientierung [BO]

Der Berufswahl als lebenslang wiederkehrender Entscheidungsprozess und der Fähigkeit, sich in der Arbeitswelt neu- und umorientieren zu können, kommen grundlegende Bedeutung zu. Dabei stellt der stetige Wandel der Berufsbilder und besonders die steigende Vielfältigkeit von Studiengängen und Bildungswegen nach dem Schulabschluss die jungen Erwachsenen immer wieder vor Herausforderungen. Diesen anspruchsvollen, berufswahlbezogenen Situationen gewachsen zu sein und die erforderlichen Entscheidungen eigenverantwortlich und kriteriengeleitet treffen sowie begründet reflektieren zu können, erfordert von den Lernenden individuelle Berufswahlkompetenz. Sie bildet den Grundstein für eine lebenslange aktive Gestaltung des eigenen Berufslebens und ermöglicht den Lernenden einen guten Übergang in den Beruf und die gesellschaftliche Teilhabe.

Berufliche Orientierung ist ein zentrales Aufgabenfeld von Schule, welches kontinuierlich fachübergreifend und fächerverbindend stattfindet und sowohl inklusiv als auch gendersensibel gedacht wird. Ab Klasse 5 beschäftigen sich die Lernenden aufbauend auf ihren Vorerfahrungen mit ihren eigenen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten. Individuelle Arbeits- und Berufswelterfahrungen werden dokumentiert, reflektiert und mit anderen Maßnahmen zur Beruflichen Orientierung systematisch verknüpft. Die Lernenden erwerben darüber hinaus Kenntnisse über den Ausbildungsstellenmarkt, die Bildungswege und die entsprechenden Anforderungsprofile sowie ihre Bildungs-, Einkommens- und Karrierechancen und treffen schließlich eine begründete Berufs- oder Studienwahl. Berufliche Orientierung wird als Querschnittsaufgabe im schuleigenen BO-Konzept geregelt.

43

Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung [BNE]

Förderung des Verständnisses von wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Zusammenhängen

Entwicklung ist dann nachhaltig, wenn sie die Lebensqualität der gegenwärtigen und der zukünftigen Generationen unter der Berücksichtigung der planetaren Grenzen sichert. Unterrichtsthemen sollten in allen Fächern so ausgerichtet werden, dass Lernende eine Gestaltungskompetenz erwerben, die sie zum nachhaltigen Denken und Handeln befähigt. Aktuelle Herausforderungen wie Klimawandel, internationale Handels- und Finanzbeziehungen, Umweltschutz, erneuerbare Energien oder soziale Konflikte und Kriege werden in ihrer Wechselwirkung von ökonomischen, ökologischen, regionalen und internationalen, sozialen und kulturellen Aspekten betrachtet. BNE ist dabei keine zusätzliche neue Aufgabe, sondern beinhaltet einen Perspektivwechsel mit neuen inhaltlichen Schwerpunkten. Unterstützung und Orientierung gibt der „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung“ von KMK und BMZ herausgegeben (https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2015/2015_06_00-Orientierungsrahmen-Globale-Entwicklung.pdf), der Empfehlungen für die Entwicklung von Lehr- und Bildungsplänen sowie die Gestaltung von Unterricht und außerunterrichtlichen Aktivitäten gibt. Der „Bildungsatlas Umwelt und Entwicklung“ der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Mecklenburg-Vorpommern e. V. bietet außerschulische Bildungsangebote nach Themen und Regionen an (<https://www.umweltschulen.de/de/>). Ansprechpersonen für die Umsetzung von BNE im Unterricht sind auch die jeweilige BNE-Regionalberatung im zuständigen Schulamtsbereich. Kontakte und aktuelle Informationen sind auf dem Bildungsserver M-V zu finden.

Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt [BTV]

Interkulturelle Bildung ist eine Querschnittsaufgabe von Schule. Vermittlung von Fachkenntnissen, Lernen in Gegenstandsbereichen, außerschulische Lernorte, grenzüberschreitender Austausch oder Medienbildung – alle diesbezüglichen Maßnahmen müssen koordiniert werden und helfen, eine Orientierung für verantwortungsbewusstes Handeln in der globalisierten und digitalen Welt zu vermitteln. Der Erwerb interkultureller Kompetenzen ist eine Schlüsselqualifikation im 21. Jahrhundert. Kulturelle Vielfalt verlangt interkulturelle Bildung, Bewahrung des kulturellen Erbes und den Dialog zwischen den Kulturen. Ein Austausch mit Gleichaltrigen zu fachlichen Themen unterstützt die Auseinandersetzung mit kultureller Vielfalt. Die damit verbundenen Lernprozesse zielen auf das gegenseitige Verstehen, auf bereichernde Perspektivwechsel, auf die Reflexion der eigenen Wahrnehmung und einen toleranten Umgang miteinander ab. Fast alle Unterrichtsinhalte sind geeignet, sie als Gegenstand für bi- oder multilaterale Projekte, Schüleraustausche oder auch virtuelle grenzüberschreitende Projekte im Rahmen des Fachunterrichts zu wählen. Förderprogramme der EU bieten dafür exzellente finanzielle Rahmenbedingungen

Demokratie-, Rechts- und Friedenserziehung [DRF]

Demokratische Gesellschaften in einer globalen Welt können nur dann Bestand haben, wenn Möglichkeiten der aktiven Mitgestaltung von gesellschaftlicher Gegenwart und Zukunft erkennbar und nutzbar werden. Aufgabe der Schule ist es, den Lernenden hierfür Lernräume und Lerngelegenheiten zu eröffnen, um in der Schule, verstanden als ein Lernort für Demokratie, ebenso selbstständiges politisches und soziales, wie auch kommunikatives sowie partizipatorisches Handeln, zu realisieren. Dabei werden spezifische Fähigkeiten entwickelt: eigene Interessen zu erkennen und zu formulieren, unterschiedliche Interessen auszuhalten, eigene begründete Urteile zu bilden und zu vertreten, ein Rechtsbewusstsein zu entwickeln sowie verantwortlich an politisch-gesellschaftlichen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen teilzunehmen und dabei in Konflikten demokratische Lösungen zu finden. Demokratiepädagogik ist dabei Prinzip aller Fächer. Die Umsetzung kann innerhalb der Einzelfächer sowie in fächerübergreifenden Projekten, die demokratische Willensbildung und Entscheidungsfindung beinhalten, sowie in der Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsträgern, erfolgen. Sowohl im Unterricht als auch im gesamten Schulkontext ist eine partizipative und wertschätzende Form, in der die Interessen von Lernenden artikuliert und ernst genommen werden, von zentraler Bedeutung.

Medienbildung und Digitale Kompetenzen [MD]

Bildung in der digitalen Welt

- [MD1] – Suchen, Verarbeiten und Aufbewahren
- [MD2] – Kommunizieren und Kooperieren
- [MD3] – Produzieren und Präsentieren
- [MD4] – Schützen und sicher Agieren
- [MD5] – Problemlösen und Handeln
- [MD6] – Analysieren und Reflektieren

„Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule besteht im Kern darin, Lernende angemessen auf das Leben in der derzeitigen und künftigen Gesellschaft vorzubereiten und sie zu einer aktiven und verantwortlichen Teilhabe am kulturellen, gesellschaftlichen, politischen, beruflichen und wirtschaftlichen Leben zu befähigen.“* Durch die Digitalisierung entstehen neue Möglichkeiten, die mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungsprozessen einhergehen und an den Bildungsauftrag erweiterte Anforderungen stellen. Kommunikations- und Arbeitsabläufe verändern sich z. B. durch digitale Medien, Werkzeuge und Kommunikationsplattformen und erlauben neue schöpferische Prozesse und damit neue mediale Wirklichkeiten. Um diesem erweiterten Bildungsauftrag gerecht zu werden, hat die Kultusministerkonferenz einen Kompetenzrahmen zur Bildung in der digitalen Welt formuliert, dessen Umsetzung integrativer Bestandteil aller Fächer ist. Diese Kompetenzen werden in Abstimmung mit den im Rahmenplan „Digitale Kompetenzen“ ausgewiesenen Leitfächern, welche für die Entwicklung der Basiskompetenzen verantwortlich sind, altersangemessen erworben und auf unterschiedlichen Niveaustufen weiterentwickelt.

Niederdeutsche Sprache und Kultur [MV]

Bildungs- und Erziehungsziel sowie Querschnittsaufgabe der Schule ist es, die Verbundenheit der Lernenden mit ihrer natürlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Umwelt sowie die Pflege der niederdeutschen Sprache zu fördern. Weil Globalisierung, Wachstum und Fortschritt nicht mehr nur positiv besetzte Begriffe sind, ist es entscheidend, die verstärkten Beziehungen zur eigenen Region und zu deren kulturellem Erbe mit den Werten von Demokratie sowie den Zielen der interkulturellen Bildung zu verbinden. Diese Lernprozesse zielen auf die Beschäftigung mit Mecklenburg-Vorpommern als Migrationsgebiet, als Kultur- und Tourismusland sowie als Wirtschaftsstandort ab. Sie geben eine Orientierung für die Wahrnehmung von Originalität, Zugehörigkeit als Individuum, emotionaler und sozialer Einbettung in Verbindung mit gesellschaftlichem Engagement. Die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts aller Bevölkerungsgruppen ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Eine Vielzahl von Unterrichtsinhalten eignet sich in besonderer Weise, regionale Literatur, Kunst, Kultur, Musik und die niederdeutsche Sprache zu erleben. In Mecklenburg-Vorpommern lassen sich Hansestädte, Welterbestätten, Museen, Nationalparks und Stätten des Weltkulturerbes erkunden. Außerdem lässt sich Neues über das Schaffen von Persönlichkeiten aus dem heutigen Vorpommern oder Mecklenburg erfahren, welche auf dem naturwissenschaftlich-technischen Gebiet den Weg bereitet haben. Unterricht an außerschulischen Lernorten in Mecklenburg-Vorpommern, Projekte, Schulfahrten sowie die Teilnahme am Plattdeutschwettbewerb bieten somit einen geeigneten Rahmen, um das Ziel der Landesverfassung, die niederdeutsche Sprache zu pflegen und zu fördern, umzusetzen.

Prävention und Gesundheitserziehung [PG]

Schulische Gewaltprävention

Gewalt, in welcher Form auch immer, darf keinen Platz an Schule haben. Schulische Gewaltprävention ist daher eine allgemeine, umfassende und fortwährende Aufgabe von allen an Schule Beteiligten. Es geht nicht nur darum auf Gewalt zu reagieren, sondern ihr präventiv zu begegnen. Dazu ist die Arbeit in den drei großen Präventionsbereichen notwendig:

1. Primäre Prävention: langfristige vorbeugender Arbeit mit allen Lernenden z. B. zu Konfliktlösungsstrategien, Mobbingprävention;
2. Entwicklung von Interventionsstrategien: Verhaltensregeln in aktuellen Gewalt- und Konfliktsituationen sowie Arbeit mit gefährdeten Kindern und Jugendlichen (sekundäre Prävention);
3. Nachbearbeitung von Konfliktfällen und Maßnahmen, um Rückfälle bei bereits aufgefallenen gewalttätigen Kindern und Jugendlichen zu verhindern (tertiäre Prävention).

Alle drei Bereiche sind gemeinsam in den Blick zu nehmen. Dabei kommt es vor allem darauf an, Ursachen und Rahmenbedingungen von Gewalthandlungen und Konflikten zu betrachten und dabei auch die schulische Lernwelt einzubeziehen. Unterrichtsgestaltung- und Unterrichtsinhalte können genutzt werden, um gewaltpräventiv zu arbeiten. Präventionsprogramme wie Lions Quest oder andere aus der bundesweiten „Grünen Liste Prävention“, Unterrichtsmaterialien wie "Unterrichtsbausteine zur Gewalt- und Kriminalprävention in der Grundschule", Handreichungen z. B. gegen Mobbing und Schulabsentismus, unterschiedliche Angebote in der Lehrerfortbildung oder Unterstützungsstrukturen wie mobile schulpsychologische Teams, KuBES - das Kooperations- und Beratungssystem für Eltern und Schule – stehen für Gewaltprävention zur Verfügung und können von Lehrkräften, Schulsozialarbeitenden, Erziehungsberechtigten und Lernenden genutzt werden. Prävention sexualisierter Gewalt ist ein wichtiger Baustein von Gewaltprävention an Schulen. Kontakte und aktuelle Informationen sind auf dem Bildungsserver M-V u. a. zu finden.

Gesundheitserziehung

Die Gesundheitserziehung und Prävention ist eine wichtige Querschnittsaufgabe zur Förderung einer Handlungskompetenz (Lebenskompetenz), die es den Lernenden ermöglicht, Gesundheit als wesentliche Grundbedingung des alltäglichen Lebens zu begreifen, für sich gesundheitsförderliche Entscheidungen treffen zu können sowie Verantwortung für die Menschen und die Umwelt zu übernehmen. Die Lernenden verfügen über diese Handlungskompetenz, wenn sie Gesundheit in ihrer Mehrdimensionalität als physisches, psychisches, soziales und ökologisches Geschehen begreifen und Kenntnisse darüber besitzen. Im gesellschaftlichen als auch für die eigene Gesundheitsbalance sollten die Kinder- und Jugendlichen die Risiken und Chancen für die Gesundheit erkennen und ein Bewusstsein für den individuellen Nutzen von Prävention durch Stärkung und Mobilisierung persönlicher Ressourcen entwickelt haben. Die Ziele und Inhalte der Gesundheitserziehung und Prävention sind Bestandteil aller Fächer und können fächerübergreifend sowie fächerverbindend unterrichtet werden. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Zusammenarbeit mit externen/außerschulischen Beteiligten und mit den Erziehungsberechtigten zu. Unterstützung und Orientierung geben der KMK Beschluss „Empfehlungen zur Gesundheitsförderung und Prävention in der Schule“ sowie die VV zur Gesundheitserziehung, Sucht- und Drogenprävention an Schulen.

Gesundheitliche Aspekte der Sexualerziehung

Die Sexualerziehung ist ein wichtiger Bestandteil mehrerer Unterrichtsfächer sowie Lernbereiche und soll sowohl im Pflicht- und Wahlunterricht als auch in den außerunterrichtlichen Veranstaltungen angemessenen berücksichtigt werden. Die Sexualerziehung soll Kindern und Jugendlichen alters- und entwicklungsgemäß helfen, ihr Leben bewusst und in freier Entscheidung sowie verantwortungsvoll sich selbst und anderen gegenüber zu gestalten. Sie soll bei der Entwicklung von Wertvorstellungen unterstützen und bei der Entfaltung der eigenen sexuellen Identität hilfreich sein. Ziel sexualpädagogischen Handelns sollte es sein, den Kindern und Jugendlichen einen positiven Zugang zur menschlichen Sexualität zu vermitteln, ein verantwortliches Verhalten im Sinne der präventiven Gesundheitsförderung zu stärken und dahingehende Werte und Normen aufzuzeigen. Dabei ist altersgerecht gestaltete Sexualerziehung ein zentraler Beitrag zur Prävention von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Die Sexualerziehung ist eine gemeinsame Aufgabe von Erziehungsberechtigten und Schule, in der eine Zusammenarbeit anzustreben ist, um für das Thema zu sensibilisieren. Im Hinblick auf die Ziele, Inhalte sowie Zusammenarbeit gibt die Broschüre „Empfehlungen für Lehrkräfte zur sexuellen Bildung und Erziehung“ Unterstützung und Orientierungshilfen. (https://www.bildung-mv.de/export/sites/bildungsserver/downloads/publikationen/handreichungen/Handreichung_Sexualerziehung_Webfassung.pdf)

Verkehrs- und Sicherheitserziehung

Die schulische Mobilitäts- und Verkehrserziehung entwickelt und fördert die Kompetenzen, die für eine sichere und verantwortungsbewusste Teilnahme der Lernenden am Straßenverkehr erforderlich sind, zugleich auch verbunden mit ökologischen und gesundheitlichen Auswirkungen. Sie befähigt Lernende sich mit den Anforderungen des Straßenverkehrs auseinanderzusetzen, die Auswirkungen der Mobilität auf die Menschen und die Umwelt zu erkennen sowie die Notwendigkeit der Entwicklung einer zukunftsfähigen Mobilität zu verstehen und sich an ihr zu beteiligen. Der Unterricht knüpft an die Erfahrungen der Lernenden im Sachunterricht der Grundschule an. Lern- und Handlungsorte sind neben den Schulräumen ihre unmittelbaren Erfahrungsräume im Schul- und Wohnumfeld. Sie lernen, sich im Straßenverkehr z. B. zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit motorisierten Fahrzeugen oder als Mitfahrende in privaten und öffentlichen Verkehrsmitteln umsichtig und sicherheits- und gefahrenbewusst zu verhalten. Sie erweitern ihre motorischen Fertigkeiten sowie ihr Wahrnehmungs- und Reaktionsvermögen. Regelwissen, verkehrsspezifische sowie verkehrsrechtliche Kenntnisse befähigen sie, mit zunehmendem Alter flexibel und situationsbezogen zu handeln, Gefahren im Straßenverkehr zu erkennen und Risiken zu vermeiden. Die Ziele und Inhalte der Mobilitäts- und Verkehrserziehung sind, anknüpfend an den Sachunterricht der Grundschule, Bestandteil aller Fächer, werden fächerübergreifend oder fächerverbindend verknüpft. Der Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten und außerschulisch Mitwirkenden kommt eine große Bedeutung zu.